Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 14.50 Mk. Durch die Post monatl. 14.50 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leuchenfeldstr. 14 Fernruf 1047. Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12–1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 130 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 400 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 70 Pf. | **Dienstag, den 7. März 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 56**

Und immer wieder der Ruf: Amnestie!

Neue Amnestiedebatte im Preußischen Landtag

Berlin, 7. März.

Wie sehr die Severing und Hörsing mit ihrer Märzprovokation des mitteldeutschen Proletariats die Geschäfte der kapitalistischen Bourgeoisie betrieben haben und wie Ebert ihr zu Willen war mit der Einsetzung der schrankenlosen Klassenjustiz, die mit ihrer Blutarbeit dank seiner Parteifreunde im Lande selbst zum Entsetzen brachte, zeigte deutlich die Verhandlung des Preußischen Landtages gestern, Montag, an dem erneut die Forderung der revolutionären Arbeiter auf umfassende Amnestierung der politischen Kämpfer durch Anträge der kommunistischen Fraktion erhoben wurde. Das Haus war gähnend leer. Sozialdemokraten waren nur spärlich vertreten, zuerst etwa der zehnte Teil der Fraktion. Von den gesamten bürgerlichen Parteien sah man überhaupt nur kaum ein Dutzend Abgeordnete. Ihnen ist der Ruf nach der Amnestie für die Märzkämpfer ein Greuel. Ihren Interessen wurde mit der Einkerkerung der Revolutionäre gedient, und sie wollen nicht, daß diese Interessen durch die Befreiung erneut gefährdet werden könnten.

Die Kommunistische Partei hält, was sie den in den Kerkern schmachtenden Kameraden versprochen: sie erhebt ihre Stimme, sie brandmarkt die Schandjustiz der Republik, sie fordert die restlose Befreiung ihrer Opfer so lange, bis auch der letzte von ihnen in die Freiheit zurückgekehrt ist.

Gen. Schumann begründet die Anträge. Ausgerüstet mit der genauen Kenntnis der Vorgänge in Mitteldeutschland, der Geschichte der Märzprovokation, der während und nach den Kämpfen verübten Grausamkeiten, bepackt mit einem Riesenberg von Tatsachenmaterial über die Brutalitäten der Weißen Justiz und die Willkür der Begnadigungsmaschine, entrollte er in nahezu zweistündiger Rede ein wirkungsvolles Bild von der empörenden Schmach der Republik. Genosse Schumann verlangte, daß den unschuldig Verurteilten endlich die Freiheit wiedergegeben würde. Keine Gnade verlangten sie, sondern Recht. Solange aber noch revolutionäre Arbeiter in den Gefängnissen schmachten, müsse ihnen unbedingt die Behandlung zuteil werden, die unter dem früheren Regiment schon allgemein politischen Verurteilten gegenüber angewendet worden sei. Genosse Schumann schloß mit der Feststellung, daß der Kampfgeist des Proletariats trotz der Niederlage im Märzkampf, trotz der schweren Blut- und Freiheitsopfer im Wachsen ist, und daß für das revolutionäre Proletariat, gleichgültig, objektive Amnestie genehmigt oder abgelehnt werden sollte, schließlich doch das Wort gelten wird:

Es kommt der Tag, da wir uns rächen,
Dann werden wir die Richter sein!

Die mit den Amnestieanträgen verbundene Beratung des von der KPD. und USPD. gemeinsam eingebrachten Antrags auf Zurückforderung und Befreiung der ausgelieferten spanischen Revolutionäre wurde von dem Unabhängigen Rabold begründet.

Alsdann ließen sich die Männer von der Regierungsbank vernehmen. Der Justizminister sprach nicht selbst, sondern schickte seinen Dezernenten für Strafvollzug, Geheimrat Humann, auf die Rednertribüne. Der verlas zunächst eine in trockener Juristensprache gehaltene Erklärung mit dem Schlußeffekt: die Regierung müsse Abstand nehmen, sich für eine allgemeine Amnestie einzusetzen. Den Beschwerden über die skandalösen Vorkommnisse von Lichtenburg beim Tode und der Beerdigung eines Märzkämpfers setzte er entgegen — was selbst in dieser ernsthaften Sache beinahe lächerlich wirkte —: das Justizministerium habe verfügt, daß verstorbene Strafgefangene zukünftig mit einem richtiggehenden Totenhemd bekleidet verscharrt werden sollen. Heiterkeit, verständnisinnige Heiterkeit weckte auch die von dem Ministerialvertreter ganz ernsthaft vorgetragene Bekundung, mit der Unsauberkeit in den Strafgefängnissen, besonders diejenigen von Torgau, dürfe es doch nicht so schlimm sein, denn als er dort zur Besichtigung gewesen sei, habe er alles in bester Ordnung gefunden.

Severing bemühte sich selbst. Aber dieser sozialdemokratische Minister war in seiner Antwort auf das Verlangen nach Rückforderung der spanischen Revolutionäre noch formalistischer, als der juristische Bureaukrat. Er wälzte die Verantwortung für den politischen Skandal der Auslieferung auf die Reichsregierung.

Nachdem die Besprechung der Anträge beschlossen worden war, kamen die Redner der Fraktionen zum Wort. Zuerst Limbertz für die Sozialdemokratie. Der Deutschnationale Lindeiner-Wildau empfand Anträge und Reden der Kommunisten als Sturmlauf gegen die deutsche Rechtspflege. Der Zentrumsmann Schmitt zeigte sich ängstlich bemüht, daß mit der Amnestie „ja nicht zu weit gegangen würde". Der Volksparteiler Heidenreich (Halle) log erneut, daß sich die Balken bogen und daß ihm Genosse Schumann in persönlicher Bemerkung heimleuchten mußte. Stinnesleute, Deutschnationale, Demokraten — sie alle lehnten die kommunistischen Anträge ab. Der letzte Redner des Abends war Genosse Schnetter, der den Sozialdemokraten mit aller Schärfe noch einmal an das Gewissen griff.

Am Dienstag geht die Debatte weiter.

*

Schumann (Halle), Komm.:

Die Tagesordnung, die uns heute beschäftigt, rollt vor unsern Augen die ganz **unerhörten Grausamkeiten** aus der Märzbewegung des vergangenen Jahres auf, Grausamkeiten, begangen an vielen unglücklichen und unschuldigen Opfern, **begangen im Auftrage derer, die die Sipo, die Schupo und die Reichswehr nach Mittteldeutschland geschickt haben.** Die Zahl der Opfer, die die Arbeiterklasse hat bringen müssen, ist noch immer nicht festgestellt worden. Erst in diesen Tagen, unter dem 4. März, hat mir ein Gemeindebeamter aus dem Kreise Querfurt mitgeteilt, daß in Niedertschmon bei Querfurt zwei Männer, unbekannt nach ihrem Namen und unbekannt nach dem Ort ihrer Herkunft, beerdigt worden sind. Ob die beiden zu denen zählen, die der Herr Minister des Innern kürzlich in seiner Beantwortung der kleinen Anfrage aufgeführt hat, ist noch nicht festgestellt.

Namenloses Unglück hat die Märzbewegung auch den Hinterbliebenen der Opfer dieser Bewegung gebracht. Ich erkläre Ihnen aus meiner Kenntnis der Dinge, daß sich auch nicht das geringste in bezug auf die Behandlung der politischen Gefangenen geändert hat. Es trifft zu, daß ein Teil dieser politischen Gefangenen inzwischen das Zeitliche gesegnet hat.

Genosse Schumann schildert die skandalösen Vorgänge bei der Beerdigung des Genossen Friedrich Hausmann im Lichtenburger Zuchthaus.

Drei Gefangene in Lichtenburg haben später einen Aufruf an die Proletarier Deutschlands erlassen. Zwar ist der Hungerstreik am 22. Januar in der Hungerburg nicht in Kraft getreten, weil die Behörden sofort diese drei, die den Aufruf im Interesse der übrigen unterschrieben, verschleppt hatten, wochenlang unbekannt wohin. Ihre Familien haben die Betreffenden beim Besuch nicht angetroffen und keinerlei Auskunft bekommen, wo sie seien. In der Presse ist in diesen Tagen eine neue Meldung erschienen, sie betrifft einen gewissen Franz Müller im Strafgefängnis Berlin-Tegel. Dieser teilt einem Genossen von uns mit, daß er sich entschlossen habe, in den Hungerstreik zu treten.

Wie ist die Behandlung in den Gefängnissen?

Man hat erklärt, die politischen Gefangenen sollen anders behandelt werden, als die gemeinen Verbrecher. Abgesehen davon, daß **ein großer Teil der politischen Gefangenen gar nicht aus politischen Gründen verurteilt wird,** wird ihre Tat, die aus politischen Gründen geschah, im Urteil so dargestellt, als wenn es sich um gemeine Verbrechen handelte. Darum hat man in den meisten Fällen, in denen es sich um Sprengstoffvergehen handelt oder um Waffenbesitz usw., nicht das Urteil wegen Landesverrats, wegen Hochverrats usw. gefällt, sondern wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz, wegen schweren Raubes, wegen Erpressung usw. Und alle diese Leute behandelt man nicht als politische Verbrecher, sondern als gemeine Verbrecher, und darum werden sie, wenn eine Amnestie einstmals erlassen werden sollte, nicht berücksichtigt werden, sofern sich eine solche Amnestie nur auf politische Vergehen und Verbrechen beziehen wird.

Im übrigen wird auch absolut nichts getan, um jenen politischen Inhaftierten wenigstens die Möglichkeit zuzugestehen, die allen anderen politischen Verbrechern gegeben werden, und die insbesondere — das muß immer wieder betont werden — jenen Kapp-Verbrechern im weitesten Maße gegeben wurden. In einer ganzen Reihe von Strafanstalten und Gefängnissen wird den politischen Inhaftierten keinerlei Literatur gegeben, keinerlei Zeitung zu lesen erlaubt, noch nicht einmal ein bürgerliches Organ. Einem Gefangenen, der wegen angeblichem Sprengstoffvergehen angeklagt ist und noch in Untersuchungshaft sitzt, hat man jene Schrift der Kommunistischen Partei, die die Enthüllungen des „Vorwärts" und ihre Fälschungen richtigstellt — also eine Broschüre, die der Angeklagte zu seiner Verteidigung braucht — sogar die hat der Staatsanwalt in wohlweiser Hilfe für die Lügen der SPD. zurückgehalten. Selbst in den **Gefängnissen in Halle und im Hallischen Bezirk** ist man nicht bloß gegen die Angehörigen der Gefangenen am rigorosesten vorgegangen und hat ihnen **keine Sprecherlaubnis** gegeben, sondern sogar da, wo der Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter die Sprecherlaubnis gewährt und sie ausdrücklich schriftlich bescheinigt hatten, sind die Angehörigen der Gefangenen nicht zugelassen worden, auch wenn die Gefangenen nur in Untersuchungshaft saßen. Im berüchtigten Kirchtorgefängnis in Halle werden Schriften und auch Literatur, die den Gefangenen in anderen Gefängnissen in Halle in der Kleinen Steinstraße gegeben worden sind, vom Untersuchungsrichter und vom Leiter der Anstalt dort abgenommen. Inhaftierte, die den Roman von Upton Sinclair bekommen und vier Monate bereits im Besitz hatten, durften ihn nicht mit in das Kirchtorgefängnis hineinnehmen. Und ähnlich, wie das Kirchtorgefängnis, ist in Halle auch das Polizeigefängnis. Ich weiß nicht, ob sich die Herrschaften von der Regierung um die Wirtschaft desjenigen Mannes kümmern, der in Halle die Verantwortung für das Polizeigefängnis trägt. Die Gefängnisbeamten sind an uns mit Beschwerden gekommen, **weil sie täglich mit Ungeziefer nach Hause kommen.** (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Sogar die Beamten des Gefängnisses kommen mit Ungeziefer nach Hause! Und machen Sie sich ein Bild, wie die Verzweiflung jener Inhaftierten ist, die dort unter den scheußlichsten Verhältnissen unter dieser Menge von Ungeziefer zu leiden haben.

Genosse Schumann illustriert die Zustände in mehreren Gefängnissen an der Hand eines reichen dokumentarischen Beweismaterials.

Die Gefängnisse sind vielfach verlaust. Im Fort Zinna bei Torgau sieht es besonders schlimm aus. Das Essen spottet aller Beschreibung. Alles konnte man trinken; man brauchte weder Gabel, Messer, Löffel. Aus der Moritzburg bei Zeitz ist im August ein Gefangener nachts bei der Flucht 25 Meter tief abgestürzt und totliegengeblieben. Warum der Ausbruch? Er schrieb vorher seinen Angehörigen: „Das Essen machte dem Futter der Vieriüßler alle Ehre, wir bekommen meist verdorbenes Essen. Das Brot ist überhaupt nicht genießbar, weil verschimmelt." Auf Beschwerden erhielt der Mann Antworten, wie:

„Gehen Sie doch zu Fritze Ebert oder zum Gefängnisbeirat!"

(Heiterkeit.) Die Strafgefangenen im Zellengefängnis Herford, darunter Märzverurteilte aus Borbeck, Leute, die nur an einer Besprechung teilgenommen, keine Flinte in der Hand gehabt haben und keinen Menschen erschossen haben, wie Kühne, haben einen Hilferuf veröffentlicht, in dem gesagt wird, daß sie

geradezu der Vergiftung ausgesetzt wären.

Einem Gefangenen hat man 18 Pfund schwere Fesseln angehängt, daß ihm das Blut in den Armen stehenblieb und die Hände fast abstarben. Vierzehn Tage lang konnte sich der Mann nicht einmal selbst den Körper reinigen. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) **Wenn die Scham noch nicht zu den Hunden entflohen ist, dürfte in diesem Hause kein Mensch sein, der die Zustände noch einen Tag länger duldet.** (Zustimmung links.

Genosse Schumann führt nunmehr eine große Reihe von Urteilen vor, die auf den ersten Blick unhaltbar erscheinen müssen. Er fügt hinzu die Entscheidungen der Gnadenrichter, die entweder nur Zuchthaus in Gefängnis umwandeln oder die Begnadigung überhaupt ablehnen. Vielfach handelt es sich um ältere bisher völlig unbestraft gewesene Leute, die entweder unschuldig waren oder während der Aktion Handlungen begangen haben, die harmlos, aber niemals Verbrechen sind. Das muß die Arbeiter erbittern, besonders angesichts der Milde, die gegen reaktionäre Verbrecher angewendet wird. Der Fall des Landwirts Anneke in Westeregeln ist geradezu empörend. Der Mann wird verhaftet und in das Militärgerichtsgefängnis gebracht. Dort wird er so grausam behandelt, daß er zum Fenster hinausspringt, er bricht ein Bein und bleibt auf der Straße liegen. Sipoleute rufen:

Schlagt diesen Verbrecher, diesen Hund gleich tot!"

Diesen Kerlen hat Hörsing namens der Regierung den Dank ausgesprochen. Anneke ist danach das Bein amputiert, er ist ein hilfloser Krüppel geworden. Sein Rechtsbeistand macht ein Haftentlassungsgesuch, er wendet sich an den Reichsjustizminister. Das war bereits im Oktober. Am 13. Februar ist die Haftbeschwerde abgelehnt worden, weil er fluchtverdächtig sei. Endlich vorgestern, nachdem die ganze Arbeiterpresse über diesen Skandal geschrieben hatte, ist Anneke aus der Haft entlassen worden.

Die „Begnadigungs"aktion

Wir verlangen, daß uns gezeigt wird, wer in den Genuß der Begnadigung gekommen ist. Bis jetzt können wir in Mitteldeutschland feststellen in dem **Gau Mitte der „Roten Hilfe", daß anläßlich der Weihnachtsamnestie 57 Mann entlassen worden sind, und bis Ende vergangenen Monats 183, während in demselben Bezirk noch 673 politische Gefangene inhaftiert sind.** Die Amnestie, über die soviel Worte gemacht sind und wobei man soviel von der Nächstenliebe gesprochen hat, hat nicht einmal den vierten Teil der Inhaftierten des am meisten heimgesuchten Teiles von Deutschland umfaßt.

Es ist eine ganze Reihe von Gesuchen eingereicht worden, um Nachprüfung der Akten, um Nachprüfung des Urteils, um Wiederaufnahme des Verfahrens, und, wo das kaum möglich und aussichtsreich erschien, um Gnadenbeweise. Ich will Ihnen hier eine Reihe von Gnadengesuchen und ihren Erfolg aus den letzten Tagen verlesen.

Otto Marquardt in Vatterode, in Halle zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Der Gnadenbeweis ist abgelehnt worden.

August Lachmann in Biesenrode, verurteilt in Halle zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis. Gnadenbeweis abgelehnt.

Heinrich Hödel in Schteuditz, verurteilt zu einem Jahr Gefängnis, begnadigt zu 8 Monaten.

Wenn ein Vertreter des Ministeriums sich bewogen fühlen sollte, hier nachher zu sprechen, dann wird er mit großen Zahlen paradieren und behaupten, soundso viele Gnadenbeweise sind erfolgt, soundso viele Jahre Gefängnis oder Zuchthaus sind erlassen worden. Demgegenüber möchte ich von vornherein sagen: wenn die Gnade so aussieht, daß jemand, der zum Tode verurteilt war,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220307-13/fragment/page=0001

lebenslängliches Zuchthaus bekommen hat, dann ist das keine Gnade (Sehr wahr! bei den Kommunisten.), das ist nicht die Gnade, nicht die Amnestie, die das Proletariat von denen fordert, die seit der Revolution an der Spitze des Staates stehen. (Sehr wahr! bei den Kommunisten.)

Genosse Schumann geht auf eine große Zahl weiterer Fälle im einzelnen ein, um die Amnestieheuchelei aufzudecken.

Ich könnte Ihnen bis heute nacht 12 Uhr solche Dinge vorlesen, bei denen der ganze Gnadenerweis wie ein Hohn klingt und nichts weiter ist, als die Umwandlung von Zuchthaus in Gefängnis. (Zuruf bei den Kommunisten: Das neue Preußen! — Zurufe aus dem Zentrum: Das ist ja alles Sache des Reichsministers!) Ich glaube ja gern, daß die Sache Ihnen unangenehm ist. Hier in Preußen sagt man: Geht doch an das Reich, und dort sagt derjenige, der auf der Ministerbank sitzt: Geht nach Preußen. Man soll den Mut haben, zu sagen: jawohl, der ist zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt und das ist richtig, oder man soll den andern Mut haben, gegen den Willen der Herren von der Rechten auch einmal Gnade walten zu lassen. Wenn man das aber nicht tut, sondern auszuweichen versucht und immer auf andere hinweist, die zu entscheiden hätten, so ist das eine elende Heuchelei, die wir offen brandmarken müssen. (Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Die Unterstützung der Frauen und Kinder der Inhaftierten

Wie aber steht es nun mit der Unterstützung und mit der Behandlung der Frauen und Kinder der Inhaftierten aus, was tut man, um sie vor der größten Not zu schützen?

Wenn man schon die Inhaftierten für schuldig befindet und glaubt, daß sie in die Zuchthäuser und Gefängnisse geworfen werden müssen, so muß man doch wenigstens für ihre Angehörigen sorgen. In vielen Gemeinden haben die Kommunisten und andere Arbeitervertreter versucht, für sie wenigstens die ortsübliche Armenunterstützung herauszuschlagen. Nichts ist geschehen. Eine ganze Reihe Leute haben es abgelehnt, Armenunterstützung für Kommunistenkinder zu zahlen, wie sich einer dieser Herren herausgeredet hat. Eine ganze Reihe anderer haben ein Brot, andere nur ein Liter Milch einmal dann gegeben, wenn sie selbst ein menschliches Rühren gehabt haben. Ich gebe zu, daß eine große Anzahl von Gemeinden so dicht am Bankrott steht, daß sie, wenn eine große Zahl Inhaftierter am Orte ist, natürlich nur ihre Schuldenlast erhöhen werden. Ich erinnere an Schraplau, wo 81 Männer verhaftet wurden. Wenn da 81 Familien unterstützt werden sollen, gebe ich zu, daß damit der Gemeinde ein ungeheures Loch gerissen würde. Aber das rechtfertigt durchaus nicht, daß die Gemeinde Schraplau auch nicht einer einzigen Familie auch nur einen Pfennig gegeben hat, und das rechtfertigt vor allen Dingen die vorgesetzten Behörden dieser Gemeinden, die Kreistage, nicht, die, wie Mansfelder See- und Gebirgskreis, verschiedenes Vermögen haben, darüber mit einem kalten Lächeln hinwegzugehen. Auf der anderen Seite sind es Orte, wie ich erst am Freitag festgestellt habe, die keine Schulden haben und gar keine Unterstützung zahlen. Ich nenne hier die Stadt Dommitzsch an der Elbe, die keine Unterstützungen gezahlt hat und erst jetzt 40 Mk. in der Woche gibt. 794 Frauen werden in Mitteldeutschland von den „Roten Hilfe" unterstützt, davon haben aus öffentlichen Mitteln 493 überhaupt keine Unterstützung bekommen und die anderen insgesamt im Monat Dezember 47 142 Mk. Hunderte von Frauen und Kindern wären unrettbar zugrunde gegangen, wenn nicht wenigstens die „Rote Hilfe" sie regelmäßig unterstützte. Obzwar nur 100 Mk. pro Woche im Durchschnitt gezahlt werden können, sind im Dezember insgesamt 341 248 Mk. ausgezahlt worden. Das Elend in den Familien der Gefangenen ist so groß, daß selbst die rechtssozialistischen Blätter daran nicht vorbeigehen konnten.

Wir haben den Landräten diese Zahlen zugesandt und gefragt, ob sich zugunsten der Inhaftierten eine Verbesserung eingestellt habe. Da bekommen wir die verschiedensten Antworten. Der eine sagt: Es hat sich keine Veränderung abgespielt, dafür haben die Ortsarmenverbände zu sorgen, wir, der Kreisausschuß oder der Landrat haben damit nichts zu tun, uns geht die Sache nichts an. Ein anderer antwortet: Besondere Maßnahmen zur Unterstützung der Angehörigen der sogenannten politischen Gefangenen sind nicht getroffen worden. Fertig ist die Laube. Ein anderer, Vogel in Liebenwerda — soviel ich weiß, gehört er der sozialdemokratischen Partei an —, macht sich die Sache am allerbequemsten. Das beweist, daß das alte bureaukratische System aus der Zeit Wilhelms II. am besten bei den sozialdemokratischen Beamten aufgehoben ist. Er schreibt: „Auf das gefällige Schreiben vom 23. d. M. erwidere ich ergebenst, daß ich mich nicht für befugt halte, Ihnen die gewünschte Auskunft zu erteilen. Ich stelle Ihnen anheim, solche durch Vermittlung meiner vorgesetzten Dienstbehörde bei mir einzuholen. Vogel." (Heiterkeit.) Also, Sie sehen, der Herr hat noch nicht einmal die Notwendigkeit erkannt, Auskunft zu geben, wenn man ihn darum ersucht in aller Freundschaftlichkeit und Sachlichkeit.

Genosse Schumann geht auf das Elend der Hinterbliebenen der politischen Gefangenen ein. Sonst schafft der Staat Ausschüsse für Bevölkerungspolitik, schafft ganze Vereine und tut alles Mögliche, die heranwachsende Jugend zu fördern und gedeihen zu lassen; hier läßt er die heranwachsende Jugend verkümmern und verelenden, nur, weil es der Nachschub der Kommunisten ist. Freilich: das ist für Sie eine peinliche Sache: Kommunisten haben auch Kinder. Aber sie mögen tun und lassen, was sie wollen, sie mögen eine Amnestie genehmigen oder nicht:

Die Stärkung des Kampfgeistes im Proletariat können Sie nicht ersticken.

Und einstens wird der Tag kommen, wo die Proletarier die Richter sein und Rache nehmen werden für alles das, was bürgerliche Schandjustiz und die Weißen Banden über sie gebracht haben. (Beifall b. d. Komm.)

Genosse Schnetter:

Es sieht der SPD. so recht ähnlich, wenn Limbertz sagte: Wir bedauern die Auslieferung der angeblichen Datomörder, wir können uns nicht den juristischen Deduktionen anschließen, die der Herr Minister Radbruch gemacht hat. Ja, meine Herren von der SPD., was nutzt denn Ihr Bedauern, wenn Sie hinterher Ihren Ministern sagen: Wir können nicht billigen, was Ihr getan habt. Zum Donnerwetter noch einmal! Für was habt Ihr Eure Minister denn in die Regierung geschickt? Etwa dazu, daß sie die Geschäfte der Bourgeoisie besorgen oder dazu, daß sie die politischen Interessen und die Rechte der Arbeiter wahrnehmen sollen? Wenn Ihr doch einmal sagt: Wir billigen nicht, was der Justizminister Radbruch getan hat, so hättet Ihr die Pflicht, diesem Minister zu zu sagen: Du legst dein Amt nieder, du demissionierst und wenn du das nicht tust, dann werden wir dich aus unserer Partei ausschließen.

Wenn wir die Anträge wegen Amnestie gestellt haben, so haben wir es getan, weil wir eine Gefahr darin sehen, daß die Klassenjustiz Orgien feiert, daß die konterrevolutionären Verbrecher frei in Orden und Ehrenzeichen herumlaufen, während revolutionäre Arbeiter in den Gefängnissen schmachten müssen. Dadurch wird die Gefahr heraufbeschworen, daß der organisierte Kampf des revolutionären Proletariats unmöglich gemacht wird. Ich will nur auf ein Beispiel hinweisen. Sie haben von dem sogenannten Bandenführer Plettner gehört. Dieser begründet seine politischen Terrorakte mit der Untätigkeit der sozialdemokratischen Führer.

Die Begriffe des politischen und des gemeinen Verbrechens bedürfen einer Definition. Der kriminelle Verbrecher begeht eine Tat, wenn er nicht degeneriert oder erblich belastet ist, aus Habsucht, Egoismus oder sonstigen Gründen. Politische Verbrecher haben ihre Taten begangen unter einer Massensuggestion, aus Idealismus, mit dem Willen, sich endlich zu befreien, endlich einen Fortschritt zu erkämpfen.

Und wie sah es denn aus, wenn wirklich etwas vorgekommen ist in den Märztagen des vorigen Jahres, wo Herr Severing oder sein Gehilfe, der Oberpräsident Hörsing, der Major Folke nach Mitteldeutschland hingeschickt und ihm nichts weiter in die Hand gegeben hat, als eine Liste der Funktionäre der Vereinigten Kommunistischen Partei! War es nicht Hörsing, der ihm gleich gesagt hat: „Je blutiger der erste Tag, desto weniger blutig die folgenden." Das war dieselbe Anweisung, die man auch im Kriege den Generalen gegeben hat, indem man sagte: je forscher druff beim ersten Schlag, desto leichter werden wir es nachher haben. Wenn in einer derartigen Situation sich die Kämpfenden gewehrt und zu Mitteln gegriffen haben, die Sie von Ihrem Standpunkt aus nicht billigen können, so müssen wir doch sagen: die Umstände entschuldigen sie. Sie sollten nicht allein aus Gerechtigkeitsgründen, sondern auch aus Menschlichkeitsgründen endlich den Mut finden — insbesondere die Sozialdemokratische Partei —, zu erklären: wir bestehen jetzt unter allen Umständen auf einer umfassenden Amnestie (Sehr wahr! bei den Komm.) und wir verlangen von unseren Ministern sowohl in Preußen wie auch im Reiche, daß sie eine Amnestie erlassen, durch die tatsächlich alle revolutionären Arbeiter, gleichviel, ob sie die Tat nach Ihrer Ansicht in Verbindung mit einem kriminellen Vergehen begangen haben oder aus anderen Gründen, getroffen werden. Wir können uns ruhig dem anschließen — das möchte ich besonders betonen, was Herr Erich Kuttner seiner Broschüre vorausgesetzt hat:

„Ein Volk, das in seinem Innern die Prinzipien der Freiheit und der Demokratie proklamiert hat, macht diese Prinzipien lächerlich und nimmt ihnen ihre beste Kraft, wenn daneben eine Justiz bestehen bleibt, die im wesentlichen nach ihren Zwecken im alten Obrigkeitsstaate fortarbeitet. Die Demokratie ist Stückwerk, solange die Träger des Richteramts ganz oder überwiegend ihre Feinde sind und die Rechtsprechung gegen die demokratischen Grundsätze handhaben."

Den ehrlichen Willen sollen Sie wirklich zeigen, nicht nur in den Broschüren niederschreiben, und Sie sollten diesen Sätzen noch hinzufügen: Wenn es uns schon nicht möglich ist, zu amnestieren, weil wir die Macht nicht haben und die Klassenjustiz nicht beseitigen können, dann wollen wir von unseren Ministern fordern, von dem Recht der Amnestie wirksamen Gebrauch zu machen. (Lebhafter Beifall links.)

Gegen die neuen Steuergesetze

Die geschlossene Front des Proletariats

Die Sozialdemokraten und Unabhängigen schweigen jetzt, da das Steuerkompromiß Wirklichkeit werden soll. „Vorwärts" und „Freiheit" schreiben kein Wort über diese Frage.

Wir verstehen dieses Schweigen. Die SPD.- und USPD.-Führer haben versucht, die Massen so lange an der Nase herumzuführen, bis der Augenblick unmittelbar bevorstand, wo der Steuerraubzug Gesetz werden sollte. Dann konnte man ja kurz vor Toresschluß ein kleines Wortgefecht mit Stinnes inszenieren, konnte man wieder einmal die Republik vor der Gefahr von rechts retten und um dieses Preises willen das Steuerkompromiß durchgehen lassen. Unsere Mitteilung hat diese Vorbereitungen gründlich zerstört. Die Parteien schweigen.

Draußen überall merken die Massen, was die Durchführung der neuen Steuern für sie bedeutet. Der Arbeiter sieht den Tag kommen, wo sein Hungerlohn nicht mehr dazu reichen wird, um sein Hungerdasein zu fristen, wo er Brot und Kleidung und Kohle, auf die der Staat seine Steuern legt, nicht mehr wird kaufen können, wo er schutzlos preisgegeben sein wird der Willkür der Kapitalisten, die nur auf die Stunde warten, wo sie dem Arbeiter die letzten Rechte, den Achtstundentag und die anderen paar Brocken, die noch vom November übriggeblieben sind, nehmen können. Der Beamte, der seine Existenz gesichert glaubte, sieht sich dem Gespenst des Elends gegenüber. Die ganze Masse des Kleinbürgertums ahnt mit Grausen, daß es nicht mehr so weiter geht. Die Kur, die die Stinnes und die Regierung mit ihren Steuern vornehmen, um dem deutschen Kapitalismus ein bißchen Odem einzuflößen, stellt die Existenzfrage an die Millionen des werktätigen Volkes.

Die Parteien aber schweigen in dieser Stunde. Die sozialdemokratischen Führer tun alles, um zu verhindern, daß die Empörung der Massen zu Taten führt. Die sozialdemokratischen Führer wissen, daß für die Massen mit einer parlamentarischen Entscheidung die Sache noch nicht erledigt ist. Sie tun jetzt schon alles, um der Arbeiterschaft die Möglichkeit zu nehmen, den außerparlamentarischen Kampf zu führen. Sie gehen daran, die gewerkschaftlichen Organisationen, die die Träger des Kampfes der Massen sein müssen, zu zerschlagen und zu zerstören.

Die Unabhängige Partei hat gegenwärtig weder eine Politik noch eine politische Führung. Die Führer der Partei arbeiten offen gegen die Grundsätze der Partei, gegen den Willen der unabhängigen Arbeiter. Das, was Breitscheid damals mit seinen Dreizehn tat, wiederholt sich jetzt auf viel breiterer Grundlage.

Können und dürfen die Parteien jetzt schweigen? Kann und darf die Arbeiterschaft jetzt schweigen, da es um eine Frage geht, die ihre Existenz berührt? Kann die Arbeiterschaft ruhig zusehen, wie im Parlament der ungeheuerlichste Steuerraubzug aller Zeiten beschlossen wird?

Die Führer müssen gezwungen werden, auch die parlamentarische Entscheidung für das Steuerkompromiß zu verhindern. Damals, als es sich um die Vertrauensfrage für Wirth handelte, forderte Ledebour die Bildung einer Arbeiterregierung. Die Frage, die heute auf der Tagesordnung steht, ist zum mindesten ebenso wichtig, wie die Frage der Stellung zum Kabinett Wirth. Die Gefahr einer Rechtsregierung hat sich längst als blanker Schwindel entpuppt. Stehen die um Ledebour noch heute zu ihren Worten? Stehen die Unabhängigen, die erklärt haben, daß sie eine Steuerpolitik Wirths, die gegen die Arbeiter gerichtet sein wird, rücksichtslos bekämpfen werden, zu ihren Worten?

Die unabhängigen Arbeiter müssen von ihren Führern eine klare Antwort verlangen. Durch den Appell der revolutionären Parteien an die gesamte Arbeiterschaft, und nur so kann das Steuerkompromiß verhindert werden.

Die Führer schweigen noch. Die Massen müssen sie zum Reden bringen.

Die Gewerkschaften und die Zwangsanleihe

Nach einer Dena-Meldung hat der Reichsfinanzminister Hermes die Vertreter der Gewerkschaften zu einer vertraulichen Besprechung über die Zwangsanleihe, die am Donnerstag stattfinden soll, eingeladen. Er hat an sie einen Fragebogen gerichtet, der aber nur Fragen über die technische Durchführung der Zwangsanleihe enthält. Nach einer Information der „Dena" sollen die Gewerkschaftskreise abgeneigt sein, der Einladung von Hermes Folge zu leisten. Die „Dena" schreibt:

In Gewerkschaftskreisen motiviert man diese Stellungnahme damit, es berühre eigenartig, daß Dr. Hermes die Gewerkschaften zwar zur prinzipiellen Seite der Frage der Zwangsanleihe nicht befragt und gehört habe, nun aber zur technischen Durchführung derselben ihre Ansicht und Mitwirkung erbitte. Der Minister wolle wohl auf diese Weise noch nachträglich die Gewerkschaften auf das Prinzip der Zwangsanleihe festlegen. Denn wenn diese sich erst einmal in bestimmter Weise an der Beratung der technischen Durchführung der Anleihe beteiligt hätten, könnte ihnen dies als grundsätzliche Zustimmung zu der Maßnahme selbst leicht ausgelegt werden, weswegen man besser tue, der Besprechung fernzubleiben.

Es genügt nicht, wenn die Gewerkschaftsführer sich mit der Ablehnung einer Besprechung mit Hermes begnügen. Damit sind die Interessen der Arbeiterschaft noch nicht gewahrt und damit ist die Rolle, die die größten Arbeiterorganisationen, die Gewerkschaften, bei dem Kampfe gegen den Steuerraubzug spielen müssen, noch lange nicht erschöpft. Vielmehr erweckt der plötzliche Scheinradikalismus der Gewerkschaftsführer den Eindruck, als ob sie durch eine Geste die Arbeiter vergessen machen wollten, daß sie ihre zehn Forderungen von Anfang an für den Papierkorb bestimmt hatten. Die Arbeiterschaft kann sich mit bloßen Gesten nicht begnügen.

Der Reichswirtschaftsrat und die Zwangsanleihe

Berlin, 6. März. (DA.) In einem Teil der Provinzpresse wurde dieser Tage der Meinung Ausdruck gegeben, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat nahezu einstimmig einen Beschluß fassen würde gegen die Erhebung der Zwangsanleihe. Wie die „Dena" aus Kreisen des Reichswirtschaftsrates hört, ist diese Auffassung irrig. Tatsache ist aber, daß Reichsminister Dr. Hermes dem Wunsch Ausdruck gegeben hat, die berufenen Vertreter des Reichswirtschaftsrates möchten zunächst einmal ihre Ansicht über die Zwangsanleihe mitteilen. Die Mitglieder des finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates haben infolgedessen die dringende Aufforderung erhalten, sich für Donnerstag, Freitag und Sonnabend zu Ausschußsitzungen bereit zu halten. Das Plenum des Reichswirtschaftsrates wird bis dahin nicht mehr tagen. Aus alledem geht hervor, daß das Steuerkompromiß, das der Reichskanzler Dr. Wirth gern bis Ende dieser Woche unter Dach und Fach gebracht wissen wollte, doch nicht so schnell zustande zu kommen scheint, wie es wünschenswert wäre.

*

Diese Meldung ist durchaus irreführend. Die Einberufung des Reichswirtschaftsrates ist der reine Humbug, da die Regierung beabsichtigt, das Mantelgesetz über das Steuerkompromiß schon am Donnerstag im Reichstagsplenum durchzubringen. Für denselben Donnerstag aber wird der Reichswirtschaftsrat einberufen. Was dann sein Gutachten wert sein wird, ist klar.

Die Finanzministerkonferenz

WTB. Paris, 6. März.

Wie Havas mitteilt, bestätigt es sich, daß die Konferenz des französischen, englischen, belgischen und italienischen Finanzministers am 8. März im Finanzministerium zusammentritt. Sie wird zwei Tage dauern und sich mit folgenden Fragen beschäftigen: 1. Mit dem Finanzabkommen vom 13. August, der Kohle im allgemeinen und ihren hohen Preisen, den Saargruben und der Verteilung der ersten Milliarde. 2. Mit der Frage der Besatzungskosten und 3. mit dem Wiesbadener Abkommen.

*

Wie der EE.-Korrespondent meldet, hat sich Belgien der französischen Auffassung angeschlossen und sich für die Ueberweisung der deutschen Denkschrift über das Moratorium an die Reparationskommission ausgesprochen. Damit ist die Entscheidung über Deutschlands Reparationsleistung wieder in die Hand einer Körperschaft gelegt, in der der französisch-belgische Einfluß überwiegt. Vom Herrn Dubois, dem Vorsitzenden der Reparationskommission, kann Deutschland auch nicht das kleinste Entgegenkommen erwarten. Das hat selbst der sonst sehr optimistische Rathenau ausgesprochen. In Cannes war jener Herr sein größter Schrecken.

Der Ausverkauf

Auf der diesjährigen Leipziger Messe wird der Ausverkauf Deutschlands fortgesetzt. Die in Deutschland erzeugten Waren, die durch den Kulilohn des deutschen Arbeiters billiger sind, als die in anderen Ländern hergestellten, finden willige Abnehmer in der ganzen Welt und werfen, trotz ihrer Billigkeit, den Kapitalisten noch ungeheure Profite ab. Das Ausland ist stärker als in den Vorjahren nach Leipzig gekommen und kauft alle erreichbaren Waren auf. Handel und Industrie befinden sich in einem wahren Taumel ob des glänzenden Geschäftes, das sie mit dem Schweiß und Blut des Arbeiters machen. Die Messe-Leitung gibt folgenden Bericht:

Der Meßmontag brachte einen riesigen Verkehr, wie er in diesem Umfange in den ersten Meßtagen noch niemals beobachtet worden ist. An geschäftlichen Meßausweisen waren heute mittag bereits über 120 000 ausgegeben worden. Der Besuch aus dem Auslande weist Rekordziffern auf. Die Auslandskundschaft greift außerordentlich lebhaft ins Geschäft ein, wenn auch die Fakturierungsfrage oft hemmend wirkt. Sehr lebhaft ist das Geschäft auf der Textilmesse, wo teilweise keine Aufträge mehr hineingenommen werden. Auf der Bugramesse wird der Geschäftsverkehr als gut bezeichnet, auf der Papiermesse hauptsächlich der in Briefpapier. Im Kunstgewerbe ist das Geschäft ebenfalls sehr aussichtsreich. Als offizielle Vertreter der russischen Regierung sind außer der russischen Handelsdelegation noch drei weitere Herren in Leipzig eingetroffen. Auf der technischen Messe hat der vielversprechende Anfang am Sonntag in fast allen Abteilungen am Montag zu einem sehr großen Erfolge geführt. Es sind sehr große Aus- und Inlandsgeschäfte abgeschlossen worden, die sich bei einigen Maschinenfabriken der Werkzeugmaschinenindustrie allein auf Millionen belaufen.

Amerikanisches Kapital in Deutschland

Errichtung einer Automobilfabrik durch Ford in Hamburg

Hamburg, 6. März. (DA.) Wie der Hamburger Berichterstatter der „Dena" erfährt, ist die Nachricht nicht zutreffend, daß Hamburg das Anerbieten des bekannten amerikanischen Automobilfabrikanten Ford, in Hamburg eine Automobilfabrik zu errichten, bereits endgültig abgelehnt hätte. Auf die hier in der Tat vorliegende Anfrage Fords konnte eine Antwort noch gar nicht erteilt werden, da die eingeleiteten Verhandlungen sich noch im Anfangsstadium befinden und bis heute weder eine offizielle Stellungnahme der hiesigen Finanzdeputation noch der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe zu der Angelegenheit erfolgt ist.

*

Wenn heute amerikanisches — und auch anderes ausländisches — Kapital in wachsendem Maße in Deutschland angelegt wird, so deswegen, weil die Kulilöhne des deutschen Arbeiters dem ausländischen Kapitalisten ungeheure Gewinnmöglichkeiten bietet. Den niedrigen Produktionskosten sollen dem Automobilfabrikanten Ford gestatten, auf dem Weltmarkt seine Konkurrenten zu schlagen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101922O307-13/fragment/page=0002

Börse und Sachlieferungsabkommen

An der gestrigen Börse, so wird uns aus Berlin mitgeteilt, kletterte der Dollar bis 262 und 265. Die Mark ist demnach auf ein Einundsechzigstel ihres Friedenswertes zusammengeschrumpft. Die unaufhaltsame Abwärtsbewegung der deutschen Mark in den letzten Tagen ist eine unmittelbare Folge des neuen Reparationsabkommens, über das kürzlich in Berlin verhandelt wurde. Diese Festsetzung, daß Deutschland im laufenden Jahre insgesamt 720 Millionen Goldmark (in Form von ausländischen Devisen) zu zahlen hat, zwingt die Deutsche Regierung, deren Devisenbestände durch die regelmäßigen Dekadenzahlungen in Höhe von 31 Millionen Goldmark in kürzester Zeit aufgebraucht sein müssen, neue Devisen aufzukaufen. Damit ist allein schon die weitere Entwertung der deutschen Mark gegeben. Die Tendenz wird verstärkt, weil die Börsenspekulanten ganz genau wissen, daß die Deutsche Regierung den deutschen Kapitalisten die Sachlieferungen, die sie an die Entente auf Grund des neuen Reparationsabkommens zu Weltmarktpreisen machen werden, nur in einer Form zahlen kann: durch Vermehrung des deutschen Papiergeldes, d. h. unter weiterer Entwertung der deutschen Mark. Im „Börsen-Courier" vom 6. März abends wird dann auch der neue Markkurs mit den Zahlungsschwierigkeiten der Deutschen Regierung begründet.

Das Steigen der Kurse für die Industrie- und Bankpapiere ist aber nicht nur eine automatische Folge der Markentwertung, nicht nur ein Zeichen, daß die deutschen Kapitalisten es verstehen, sich gegen die Valutaverschlechterung zu schützen. Es ist nämlich im neuen Reparationsabkommen vorgesehen, daß bestimmte Industriezweige — chemische Produkte, Zement — von jedem Reparationsgeschäft ausgeschlossen sein sollten, entsprechend den Interessen der englischen Industrie, die bestimmte deutsche Industrien, die ihr als Konkurrenten im Wege sind, niederkämpfen will. Die Börse spiegelt die Geschäftshoffnungen der einzelnen Industrien wider. Montanwerte (Kohle, Eisen), Maschinenfabrik-Werte, Elektrowerte nahmen um 50 bis 150 Prozent zu; dagegen gingen die Kurse für chemische Werte wie für Rottweilet, Dynamit-Nobel, Anilin, Höchster, Heyden, ferner für Adler-Zement um 10 bis 70 Prozent zurück. Indem die Börse denjenigen Betrieben am wenigsten Vertrauen schenkt, die am Reparationsgeschäft nicht beteiligt sind, zeigt sie an, in welch hohem Grad heute bereits die deutsche Industrie abhängig ist von dem Willen des Ententekapitals.

Die Flucht aus der Schutzpolizei

Gefängnisstrafen für eigenmächtige Entfernung?

In der Schutzpolizei, mit der sich die Oeffentlichkeit gerade in der letzten Zeit wiederholt befaßt hat, ist nach zuverlässigen Mitteilungen augenblicklich eine erhebliche Abwanderung zu verzeichnen. Nicht nur in Preußen, sondern auch in den anderen Einzelstaaten verläßt täglich eine große Anzahl von Polizeibeamten eigenmächtig den Dienst, um in besseren Stellungen ein Unterkommen zu finden. An verschiedenen Stellen soll die Zahl der ausscheidenden Beamten sogar über 20 Prozent der Abteilungsstärken hinausgehen. Bisher wurde gegen denjenigen Polizeibeamten, der eigenmächtig dem Dienst fernblieb, lediglich ein Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Entlassung eingeleitet, der Betreffende erreichte also Straflos das, was er mit seinem unerlaubten Fernbleiben bezweckt hatte, nämlich den sofortigen Abgang von der Schutzpolizei.

Diese Festsetzungserscheinungen will das preußische Ministerium des Innern nunmehr mit Maßnahmen begegnen, die den Abgang von der Schutzpolizei erschweren. Die eigenmächtig vom Dienst fernbleibenden Polizeibeamten sollen mit Gefängnisstrafen bestraft werden.

Der Klassenstaat will also für die Zukunft darauf verzichten, durch Verabreichung von Zuckerbrot, gefügige Kreaturen zum Schutze der Ausbeuter zu erziehen. Statt dessen holt er die Peitsche hervor und droht den Proletariern im grünen Rock mit Gefängnisstrafen. Wir gratulieren dem Klassenstaat zu den Werkzeugen seiner Herrschaft, die er auf solche Art heranzieht. Für die Arbeiterschaft erwächst durch diese Maßnahmen aber die Pflicht, nicht nur den drangsalierten Beamten gegen Ausnahmebestimmungen ankämpfen zu helfen, sondern ihnen auch zu sagen, wo ihr Platz im Klassenkampfe ist und welche Pflichten dem Proletariat gegenüber sie selbst zu erfüllen haben.

Groener wirft 6000 Lehrlinge auf die Straße

Der Eisenbahngeneral Groener geht brutal und rücksichtslos seinen Weg. Ihn scheren nicht Proteste, Vereinbarungen, die er noch vor kurzem mit den streikenden Eisenbahnern getroffen hat. Groener bringt das Arbeitszeitgesetz zur Beratung und voraussichtlichen Durchführung und wird dabei vom ADGB. unterstützt, obwohl den streikenden Beamten erklärt wurde, daß ein allgemeines Arbeitszeitgesetz auch die Eisenbahner mit einbeziehen solle.

Groener glaubt die Eisenbahn nicht anders rentabel machen zu können, als daß er bis 1. April 20 000 Eisenbahner entläßt. Der niedergeschlagene Streik, das Eingeständnis der freigewerkschaftlichen Organisationen läßt die Arbeiter und Beamten keinen geschlossenen Widerstand leisten.

Den Gipfel Groenerscher Brutalität bedeutet aber die Tatsache, daß 6000 Lehrlinge, junge Menschen, die nier Jahre ihre Arbeitskraft dem Reiche gegeben haben, aufs Straßenpflaster geworfen werden. Diese jungen Arbeiter, die noch nicht genügend ausgebildet sind, bedeuten eine große Gefahr für den durch Tausende von Arbeitslosen so wie so schon belasteten Arbeitsmarkt.

Es gilt mit aller Kraft gegen dieses Vorgehen Groeners und der Koalitionsregierung vorzugehen. Wenn der DEV. oder der ADGB. in ihrer erbärmlichen Feigheit nicht gewillt sind, gegen die rigorosen Entlassungen Front zu machen, dann müssen die Arbeiter selbst für sich und ihre Kollegen eintreten.

Sozialistische Regierungsweisheit in Thüringen

A. K. Die „sozialistische" Regierung in Thüringen glaubt dem arbeitenden Volke Thüringens in besonders „wohlmeinender" Weise das Fell über die Ohren ziehen zu dürfen. Am 18. Oktober 1921 wurde durch Ministerialverordnung die Brennholzversorgung in der Weise geregelt, daß den Gemeinden größere Mengen Holz zum Taxwert aus den staatlichen Forsten übermiesen wurden, das dann in kleineren Losen an die Bevölkerung verteilt wurde.

Der sozialdemokratische Finanzminister Thüringens, Hartenau, hebt nun die Holzrechte der Gemeinden auf. An Stelle der bisherigen Verteilung tritt die Versteigerung des Holzes. Was kümmerts die sozialdemokratische Regierung, daß die armen Bewohner Thüringens kein Holz mehr kaufen können, weil durch die Versteigerungen die Preise enorm gesteigert wurden? Was kümmerts diese Regierung, daß die dortigen Arbeiter und Halbbauern in kalter Stube sitzen müssen? — Der Staatshaushalt muß variiert werden, je höher die Holzpreise, desto besser! Man kann eben schließlich nicht anders, als die Werktätigen belasten, denn heranziehung des Besitzes zur Aufbringung der Staatsausgaben würde Kampf, schärfsten Klassenkampf erfordern. Das ist mit der Würde sozialdemokratischer Minister nicht vereinbar. Desto mehr wird das arbeitende Volk diesen Kampf zu führen wissen.

Ausland

Vor einer Krise in der Lodzer Textilindustrie

Warschau, 2. März. (Intel.) In der Lodzer Textilindustrie, die erst vor kurzem unter umfassenden Streik schwer zu leiden hatte, scheint eine neue Krise bevorzustehen. Die Arbeiter verlangen eine sofortige Lohnerhöhung um 30 Prozent, die von den Unternehmern mit der Begründung abgelehnt wird, daß hierdurch der kaum begonnene Export nach Rußland unmöglich gemacht werden würde. Die Regierung bemüht sich, zwischen beiden Teilen zu vermitteln.

Streik in der italienischen chemischen Industrie. Rom, 4. März. (Intel.) Der Streik der Naphtha- und Bergarbeiter dauert fort. Die Gewerkschaft der chemischen Industrie, der die Naphtha- und Bergarbeiter angehören, droht mit dem Generalstreik in der gesamten chemischen Industrie, falls die Unternehmer auf ihrem Standpunkt beharren.

Internationales

Der Fall Bela Kun

Moskau, 3. März. (Intel.) Die Kommission der Kommunistischen Internationale, die eingesetzt worden war, um die von seiten mehrerer ungarischer Kommunisten gegen Kun erhobenen Beschuldigungen zu prüfen, erstattete an die gegenwärtig tagende Konferenz der erweiterten Exekutive einen Bericht. Bekanntlich war in mehreren Broschüren von Mitgliedern der ungarischen Kommunistischen Partei gegen Bela Kun die Anklage erhoben worden, daß er Parteigelder unterschlagen hätte bzw. zu seinem eigenen Vorteil verwendete. Auch gegen seine politische Tätigkeit war in den genannten Broschüren schwere Beschuldigungen erhoben worden. In dem Bericht der Spezialkommission an die Exekutive wird festgestellt, daß die Anklage, welche Kun den Mißbrauch von Parteigeldern zu persönlichen Zwecken vorwerfe, in als völlig grundlos erwiesen hätte. Kun habe mit seiner Familie in der Emigration in sehr schlechten Verhältnissen gelebt. Die Kommission ist nach Prüfung des Anklagematerials zu der Ansicht gekommen, daß es nicht notwendig sei, die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Die Kommission schlage der Exekutive vor, der Opposition der ungarischen Partei einen strengen Verweis zu erteilen. Der Delegierte der norwegischen Kommunistischen Partei, Fries, schlug eine Resolution vor, in der Kun die Sympathie und das Vertrauen ausgesprochen wird. Nachdem im Namen der ungarischen Opposition, Landler, die Eröffnung der Debatte über diese Resolution gefordert und Sinowjew im Namen des Präsidiums gegen die Aufnahme der Diskussion gesprochen hatte, wurde die vorgeschlagene Resolution mit allen gegen eine Stimme bei fünf Stimmenthaltungen angenommen.

Gewerkschaftsbewegung

Massenausschlüsse aus dem Deutschen Bauarbeiterverband

Den Vereinsvorstand des DBV., Bezirksverein Berlin, lassen die „Lordeeren", die Paeplow und Konsorten bei der Gewerkschaftsreinigung davontragen, keine Ruhe. Sie gehen zu einem „Reinemachen im Großen" über. Eine ganze Anzahl unserer Genossen erhielten folgendes Schreiben zugesandt:

An Herrn . . .

Werter Kollege! Du hast die Sonderbestrebungen der kommunistischen Fraktion im Berliner Verein unseres Verbandes andauernd unterstützt und hast damit gegen die Grundsätze des Verbandes im allgemeinen und besonders gegen den § 21, Absatz 3 der Verbandssatzung sowie gegen den Beschluß des Karlsruher Verbandstages betreffend die politische Neutralität verstoßen. Den Beschluß des Verbandsvorstandes und Beirates vom 23. und 24. Februar 1921, worin alle von politischen Parteien beeinflußte Sonderkörperschaften und verbandsfeindliche Bestrebungen verboten werden, hast Du nicht beachtet. Auf Antrag des Vereinsvorstandes und der Mehrheit der Generalversammlung bist Du daher vom Verbandsvorstand aus dem Verbande ausgeschlossen.

Zu den Veranstaltungen des Vereins und zum Verbandsbureau hast Du keinen Zutritt mehr. Wir fordern Dich auf, Dein Mitgliedsbuch, welches Verbandseigentum ist, sowie etwa in Deinen Händen befindliches Verbandsmaterial, Geld usw. sofort abzuliefern.

Gegen den Ausschluß steht Dir das Beschwerderecht nach § 21, Ziffer 3 der Verbandssatzung zu.

Der Vereinsvorstand
Deutscher Bauarbeiterverband, Bezirksverein Berlin.
J. A.: Bruno Krause.

Die Berliner Generalversammlung hat in ihrer Mehrheit nicht beschlossen, den Ausschluß der kommunistischen Funktionäre zu verlangen. Aber in Verdrehung und Verleumdung ist die größte Zahl gerade der Bureaukraten im DBV. Meister. Diese Helden fürchten sich vor der neuen Generalversammlung, die zu 80 Prozent aus Kommunisten besteht. Diese Tatsache ist den SPD- und USPD.-Leuten so in die Knochen gefahren, daß sie in einer Fraktionsversammlung den Ausschluß von 130 kommunistischen Funktionären beschlossen.

Kommunisten werden ausgeschlossen wegen Fraktionsbildung. Den Vorschlag an den Hauptvorstand und den Bezirksverein zwecks Ausschluß der „kommunistischen Zellenbauer" macht eine Fraktionssitzung (also eine Zelle) der vereinigten Menschewisten. Höher geht's in der Tat nicht mehr.

Die Paeplows bei den Bauarbeitern und die Scheffels bei den Eisenbahnern, die über die Zerstörungsarbeit der Kommunisten schreien, werden erfahren, daß auch ihre Massenausschlüsse aus den Gewerkschaften nicht zu dem von ihnen gewünschten Ziele führen. Für jeden ausgeschlossenen kommunistischen Funktionär werden zehn neue in die Bresche springen.

Kommunistische Gewerkschaftserfolge

Unsere kommunistischen Genossen konnten während der letzten Wochen und Monate mit gutem Erfolg innerhalb der Gewerkschaften ihre Aufklärungsarbeit betreiben. Die verschiedensten Wahlergebnisse aus allen Verbänden beweisen das. So wurden in Singen a. H. während der letzten Generalversammlung der Metallarbeiter nur Kommunisten in die Ortsverwaltung gewählt. Ebenso sind sämtliche Karteldelegierte Mitglieder unserer Partei. Die Sozialdemokraten haben es nur auf 27 Stimmen bringen können! Aus Baden-Oos wird gleichfalls berichtet, daß vier Genossen in den Vorstand des Holzarbeiterverbandes gewählt wurden. Die SPD. erhielt nur zwei Sitze, während weitere zwei Sitze mit zwei parteilosen Kollegen besetzt wurden. Wir überschätzen keineswegs den Wert solcher Zahlen. Es kommt uns hauptsächlich darauf an, daß die Massen der in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter auch von der Wahrheit und Richtigkeit unserer Taktik und politischen Auffassung überzeugt sind. Die für die Kommunisten günstigen Wahlergebnisse zu den Vorständen sind in dieser fortschreitenden Revolutionierung der Massen das einfach organisatorische Ergebnis.

Das Gewerkschaftskartell in Röthenbach a. d. Pegnitz wählt Kommunisten

Gegen Eberts Schandverordnung.

Die Kommunistische Partei lebt überall, auch in Orgeschbayern. Bei der Neuwahl der Karteldelegierten errangen von den achtzehn Sitzen die Kommunisten vierzehn Sitze. Dieser Sieg und der Wille der über 2000 organisierten Röthenbacher Arbeiter, mit dem System der Gewerkschaftsbureaukraten zu brechen, beweist, daß nicht nur in den bayrischen Großstädten, sondern auch in den proletarischen Landgemeinden der richtige Weg zum erfolgreichen Kampf erkannt wird.

Diese Erkenntnis kam gleich in der ersten Kartellsitzung zum Ausdruck. Einstimmig wurde ein Antrag, der sich gegen die Verordnung des Reichspräsidenten Ebert und gegen die Haltung des ADGB. während des Eisenbahnerstreiks wendet, angenommen.

Wirtschaft

Preiserhöhung für stickstoffhaltige Düngemittel

A. K. Unter den Händen des Schlachtfeldes befinden sich auch die Düngemittelindustriellen. In der letzten Zeit schrauben sie von Monat zu Monat die Preise für Düngemittel in die Höhe. Nach Mitteilung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft tritt am 5. März eine neue Preiserhöhung ein. Wir stellen in folgender Tabelle die Preise für ein Kilogrammprozent von vor dem Kriege und die jetzt geltenden Preise gegenüber:

	1914	8. 3. 1922	5. 3. 1922	Steigerung in Prozenten
Schwefelsaures Ammoniak	1,30	25,80	38,20	2 838
Salzsaures Ammoniak	1,30	25,80	38,20	2 838
Natrium-ammoniumsulfat	1,30	25,80	38,30	2 838
Natronsalpeter	1,33	31,20	46,—	3 358
Kalkstickstoff	1,14	23,—	33,90	2 873

Neue Druckschriften

„Die Internationale"

Die seit drei Jahren erscheinende theoretische Zeitschrift der Partei „Die Internationale" erscheint in ihrem 4. Jahrgang als Wochenschrift. Regelmäßig jeden Sonntag erfolgt die Ausgabe einer Nummer, die zu allen aktuellen Fragen der Arbeiterbewegung in der allgemeinen Politik Stellung nimmt. Neben ihren Arbeiten zur Tagespolitik bringt sie grundsätzliche theoretische Auseinandersetzungen. Es ist im Augenblick gar nicht möglich, daß eine Tageszeitung sich auf breitester Basis mit den theoretischen Fragen des Marxismus beschäftigen kann. Um diesem Mangel zu steuern, hat es die Partei unternommen, in der Wochenschrift „Die Internationale" den Parteigenossen ein Organ an die Hand zu geben, das sich nach besten Kräften bemüht, diese Lücke in der Tagespresse auszufüllen.

Den Organisationen hat der Verlag bei Sammelbezug besondere Angebote gemacht, so daß es bei wirklich intensiver Propaganda für unsere Zeitschrift möglich ist, die Genossen durch die Bezirke mit dem ermäßigten Preise von 1,50 Mk. statt 2,50 Mk. pro Heft zu beliefern. — Die Bezirke und die verantwortlichen Parteigenossen sollten es sich zur Aufgabe machen, die „Internationale" obligatorisch einzuführen. — Sekretariate und Buchhandlungen, sowie Genossen, die unsere Anregungen in die Tat umzusetzen beabsichtigen und wirklich ernsthaft für die Verbreitung der „Internationale" sich einsetzen wollen, bitten wir, sich direkt mit der „Bina", Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten (Frankes Verlag) G. m. b. H., Berlin SW 61, Planufer 17, in Verbindung zu setzen.

Der „Pflug" Nr. 3 ist erschienen.

Der Inhalt dieser Nummer läßt den „Pflug" zu einer besonderen Propagandanummer unter den Kleinbauern als geeignet erscheinen. Aus dem Inhalt:

Erfüllungspolitik, Streiks und die Bauern. — Brief eines kommunistischen Kleinbauern. — Kultivierung und Bewirtschaftung von Oedländereien in Deutschland. — Erhöhung der Kartoffelerträge. — Die Heerschau des Reichslandbundes. — Bauernfängerei schlimmster Art. — Die adligen Mörder am Schwielowsee. — Aus der Kleinbauern-Bewegung. — Aus der Siedler- und Pächterbewegung. — Aus unserer Mappe. — Humor (illustriert). — Feuilleton. — Ausland.

•

In den nächsten Tagen erscheinen bei der Vereinigung Internationaler Verlagsanstalten, G. m. b. H. (Frankes Verlag) Berlin SW. 51, Planufer 17 pt., folgende für die Agitation äußerst wichtige Neuerscheinungen: Mit dem Februarstreik und seinen Lehren beschäftigt sich die Broschüre von Paul Frölich: „Das Verbrechen an den Eisenbahnern". Diese Broschüre, die sehr viel Dokumentmaterial enthält und besonders für die Aufklärung unter den Eisenbahnern bestimmt ist, kostet bei einem Umfang von 40 Seiten 3 Mark.

In zweiter erweiterter Auflage erscheinen die sehr stark verlangten Broschüren von Paul Frölich: „Stinnes oder die Arbeiter", 2 Mark, und die zurzeit sehr aktuelle Schrift: Paul Frölich: „Der Steuerbote nimmt Dein Brot" 1,50 Mark. Ferner erscheinen zu dem sehr niedrigen Preise von 30 Pfennig die „Organisationsfassungen der KPD."

Vom Tage

Explosion im Elektrizitätswerk

Düsseldorf, 7. März. Im rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk Reisholz erfolgte gestern nachmittag 3 Uhr durch Kurzschluß eine Explosion, durch die ein 300 Liter fassender Oelbehälter in Brand geriet. Die starke Rauchentwicklung erschwerte den herantückenden Wehren von Düsseldorf und Reisholz die Bergungsarbeiten und die Bekämpfung des Feuers. Durch die Explosion ist die Versorgung der umliegenden Ortschaften mit Licht- und Kraftstrom für kurze Zeit unterbrochen worden.

Mord und Selbstmord. Eßlingen, 7. März. Vergangene nacht ließ sich der Kaufmann Ernst Weinlauf von einem Zuge überfahren. Als der Hausbesitzer der Ehefrau Weinlauf von dem Vorfall Mitteilung machen wollte, fand er sie mit ihrem Kinde ebenfalls tot in der Wohnung liegen. Der Mann hat offenbar zuerst seine Frau und sein Kind erstochen und dann Selbstmord begangen.

Die Hochwasserkatastrophe in Polen nimmt immer größeren Umfang an. Im Krakauer Weichselbezirk allein wurden mehr als zwanzig Brücken zerstört. Auch sind Dammbrüche gemeldet.

Wichtige Mitteilung für alle Leser des „Klassenkampf".

Jeder Leser des „Klassenkampf" kann in unserer Bezirks-Zentralbuchhandlung oder bei den Boten des „Klassenkampf" die illustrierte Monatsschrift „Welt und Wissen" bestellen. „Welt und Wissen" ersetzt eine ganze Bibliothek, denn sie bringt hochinteressant und volkstümlich geschrieben die Wissenschaft der ganzen Welt in Wort und Bild. Jedes Heft, reich illustriert, mit Umschlag 36 Seiten stark, bringt 12—20 Artikel von ersten Fachleuten, z. B.: Die Geschwindigkeit der Gedanken — Der Wille und dessen Gymnastik — Die Fernphotographie — Das Weltgebäude im Gymnasium — Vom Sterben der Seen — Steppen- und Wüstenvöller — Das Kleintierleben — Hypnotismus und Suggestion — Wie man das Ameisenleben beobachtet — Der Mensch vor 100 000 Jahren — Das Leben unter Wasser — Ist der Weltraum unendlich? — Sind Gedanken übertragbar? — Das Innere der Erde — Unterirdische Flüsse — Drahtlose Telephonie — Die Eiszeit in Norddeutschland — Künstliche Nahrungsmittel — Sitten und Gebräuche im Orient usw. — Um zu ermöglichen, daß jeder Leser hierauf abonnieren kann, wurde der Preis so billig gestellt. Kein Leser des „Klassenkampf" versäume, „Welt und Wissen" sofort zu bestellen.

Bestellschein. Ausfüllen und an die Bezirks-Zentralbuchhandlung, Halle a. d. S., Bergenstedtstraße 14, und deren Filialen, oder an die Boten des „Klassenkampf", Halle a. d. S., abgeben. F

Ich bestelle hiermit, bis Abbestellung von mir erfolgt, „Welt und Wissen", jeden Monat ein Heft zum Preise von 3 Mk.

Name: .....

Ort u. Straße .....

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220307-13/fragment/page=0003

Lerchenfeldstraße 14!

Das ist die Trutzburg der mitteldeutschen Arbeiterschaft, wo in der Produktiv-Genossenschaft der „Klassenkampf" hergestellt wird. Werde Mitglied dieser Arbeiter-Genossenschaft.

K · P · D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. **Fernsprecher:** 1473. **Postscheckkonto Leipzig 107001. Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. **Geschäftszeit:** Täglich 8 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Distrikte 1, 2, 3, 4. Donnerstag, den 9. März, abends $7^1/_2$ Uhr, in der „Goldenen Spitze", bei Seiert: **Zusammenkunft** aller in Vorschlag gebrachten Elternbeiratskandidaten.

Distrikt 5. Donnerstag, den 9. März, abends $7^1/_2$ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Distriktsversammlung.** Hundert- und Zehnerschaftsführer 1 Stunde früher zum Abrechnen.

Distrikte 16, 17, 18. Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Gemeinsame Mitgliederversammlung.**

Distrikt 21. Böllberg-Wörmlitz. Donnerstag, den 9. März, abends $7^1/_2$ Uhr, bei Rauschenbach in Wörmlitz: **Distriktsversammlung.** Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Die Sitzung der Unterbezirksleitung findet Mittwoch, den 8. März, abends 7 Uhr, im Bureau statt.

Ammendorf. Mittwoch, den 8. März, abends 8 Uhr, in Teichmanns Hotel: **Oeffentliche Frauenversammlung.** Thema: „Wer schuldet und duldet die Not unserer Frauen und Kinder". Referentin ist anwesend.

Dieskau. Mittwoch, den 8. März, abends $7^1/_2$ Uhr, im „Gesellschaftshaus": **Oeffentliche Frauenversammlung.** Thema: „Frauennot und Kinderelend." Referentin: Genossin Lehmann (Halle).

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg.

Wittenberg. Mittwoch, den 8. März, abends: **Oeffentl. Frauenversammlung.** Thema: „Steuerdruck und Frauenrecht." Referentin: Genossin Düwell (Berlin).

Holzweißig. Mittwoch, den 8. März, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Frauenversammlung.** Thema: Frauennot und Frauenrecht". Referentin: Genossin Anna Schumann (Leipzig).

Wittenberg. Donnerstag, den 9. März, abends $7^1/_2$ Uhr: **Funktionär-Sitzung.**

Unterbezirk Torgau-Liebenwerda.

Großwig. Mittwoch, den 8. März, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: „Steuerraub u. Proletariat." Referent: Genosse Holzweißig.

Groß-Treben. Donnerstag, den 9. März: **Oeffentliche Frauen-Versammlung.** Thema: Frauennot und Kinderelend. Referentin: Genossin Voigt, Torgau.

Unterbezirk Mansfeld.

Eisleben. Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Volkshaus: **Schoenlank-Kursus.**

Unterbezirk Merseburg-Querfurt.

Merseburg. Mittwoch, den 8. März, abends $7^1/_2$ Uhr: **Oeffentliche Frauenversammlung.** Thema: Die Not der Frau. Referentin: Gen. Schröter (Berlin).

Dürrenberg. Donnerstag, den 9. März, im „Gasthof zum Kronprinz": **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Der Mieter und proletarische Hauswirte. Die Bedeutung des Reichsmietengesetzes.

Groß-Kayna. Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr: **Oeffentliche Versammlung.** Thema: Steuerraub und Proletarier. Referent zur Stelle.

Unterbezirk Sangerhausen.

Sangerhausen. Mittwoch, den 8. März, abends $7^1/_2$ Uhr, in Hermanns Lokal: **Informationskursus.**

Arbeitsamt Eisleben

Herrenstraße 10. **Fernsprecher 131.**

Abteilung Landwirtschaft.

a) Arbeitsuchende: Aufseher, verh., Gutsstellmacher, verh., Gutsschmied, led., Knechte, verh., Kutscher, verh., Tagelöhner, verh., Oberschweizer, verh.

b) Offene Stellen: 1 verh. Aufseher, nur Eisleber, Ochsenjungen, 1 Unterschweizer.

Männliche Abteilung. Herrenstraße 10.

a) Arbeitsuchende: Bäcker, Buchhalter, **Bauarbeiter,** Chauffeure, Installateur, Invaliden f. l. **Arbeiten, jg. Lehrer,** Provisionsreisende, Sattler und Polsterer.

b) Offene Stellen: Bergarbeiter, auch jugendliche, **Elektromonteure,** Fahrradschlosser, Fleischer, Friseure, Geschirrführer, Maurer, Sattler und Polsterer, Schneider, Steinmetz, Tischler.

Berufsamt.

a) Stellensuchende: Bureaulehrling, Dachdecker, **Elektriker,** Korbmacher, Maurer, Optiker, Schäferjunge (Waise), Schlosser, Schuhmacher, Schneider, Zimmerer.

b) Offene Stellen: Bäcker, Buchdrucker, Friseure, Gerber, Goldarbeiter, Holzbildhauer, kaufm. Lehrlinge, Klempner, Maler, Sattler, Schmiede, Schornsteinfeger, Schriftsetzer, Schweizer, Tischler, Zahntechniker.

Weibliche Abteilung. Plan 7, Zimmer 4.

a) Arbeitsuchende: Bureaugehilfinnen (Anfängerinnen und angelernte), Kontoristin mit mehrjähr. Tätigkeit, Plätterinnen, Waschfrau, Wochen- und Krankenpflegerin, Verkäuferin, gel., 19 Jahre, f. Materialgeschäft.

b) Offene Stellen: Aufwartungen, Dienstmädchen aller Berufsarten, Hausmädchen für Güter, 1 Lehrfräulein f. Putz- und Modewaren, Mädchen f. Haus- u. Stallarbeit, Mamsells für Güter, Putzfrau für Eisenbahn, tagsüber, Eisenbahnerwitwe bevorzugt, bessere Wirtschafterin für Geschäftshaus, Wirtschaftslehrling für Gut, Frau für Kuhstall nach hier, Aufwartung tagsüber für Apotheke, Frau, evtl. älteres, alleinstehendes Ehepaar für Landwirtschaft nach hier. 84

Bekanntmachung.

Alle diejenigen Personen, die die Weihnachtsspende im vorigen Jahre erhalten haben, sowie die, die Armenunterstützung beziehen, können am Donnerstag, dem 9. März, vormittags 8–12 Uhr, im Stadtverordnetensitzungssaal, unter Vorlegung der Lebensmittelkarte einen Berechtigungsschein in Empfang nehmen, der zum Ankauf von 3 Pfund Weizenmehl zum Gesamtpreis von 7 Mark in den Bäckereien Gericke, Rammtorstraße u. Burghardt, Breiter Weg, berechtigt.

Eisleben, den 2. März 1922.

83 **Der Magistrat.**

Aelteres Mädchen

Lohn monatl. 200 Mk., gesucht **„Volkshaus" Eisleben, Lindenstr.** 81

Werbt für den „Klassenkampf".

Ehrenerklärung.

Die Beleidigung gegen Frau Else Wagenknecht nehme ich hierdurch zurück. 82

Schraplau, den 6. 3. 1922.

Elisabeth Heinze.

Henko

Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

unentbehrlich für Wäsche und Hausputz

Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

188

Vereins-Anzeiger.

Arbeiter Sänger-Chor

Jeden Mittwoch abend 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**

Frauen- und Mädchenchor.

Jeden Donnerstag abd. 8 Uhr im „Volkspark": **Singestunde.**

„Die Naturfreunde"

Stadtheim: Weidenplan 20. Zusammenkunft: Donnerstags.

Zentralverb. prol. Freidenker (Ortsgruppe Halle).

Jeden Mittwoch nach dem 15., abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14: **Mitgliederversammlung.** Gäste stets willkommen.

Allg. Arbeiter-Union (Ortsgruppe Halle).

Jeden Sonnabend Kassenstunden, von 8–$^1/_2$10 Uhr, im „Volkspark". Es ist Pflicht, sich selbst zu kassieren.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.

Mitgliederversammlungen: Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genossenschaft". Jeden Mittwoch nach dem 15. im „Volkspark". Montags und Donnerstags jeder Woche, abends 5 bis 7 Uhr, im Bureau, Gewerkschaftshaus, Harz 42/44, 2 Tr., Zimmer 15: **Rechtsauskunft.**

Arb.-Samarit-Kol. Halle

Jeden Freitag abend 8–10 Uhr, in der Martinschule, Charlottenstraße: **Uebungsstunde.** Mitglieder werden noch angenommen.

I. Hall. Mandolin.-Orchester.

Uebungsstunde: Jed. Freitag, abends 7 Uhr, in der „Aula" (Charlottenschule).

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit".

Versammlungen:
Stern: Mittwoch, 22. März.
Vorwärts: Freitags, alle 14 Tage.
Wanderlust: Mittwoch, den 8. März.

Dtsch. Arb.-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Halle.

Jeden Freitagabend $7^1/_2$ Uhr: Zusammenkunft. Ausk. erteilt: W. Thamm, Zinksgartenstr. 15.

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S.,

Mitgl. d. Arb.-Turn- u. Sportbds.
Mittwoch: Von 8–9 Uhr, Damenabteilung.
Donnerstag: Von 7–8 Uhr, Jugendabteilung.
— Von 8–9 Uhr, Männerabteilung.

Kommunist. Jugend.

Jugendheim: Rathausstr. 16. (Geöffnet von $^1/_2$7 Uhr an.)

Donnerstag, den 9. März, abends 7 Uhr, im Sekretariat: **Bezirksleitungs-Sitzung.**

Halle-Süd:
Dienstag: Turn- und Spielabend in der Taubenschule. Liederbücher sind mitzubringen.
Donnerstag, abends $^1/_2$8 Uhr, i. d. Taubenschule: Mandolinen-Uebungsstunde. Alle Genossen, welche im Besitz einer Mandoline sind, haben zu erscheinen.

Freitag: Vortrag des Gen. Grade, über: „Der Bauernkrieg".

Zentrum:
Dienstag: Turnabend.
Mittwoch, 7 Uhr: Funktionärversammlung.
— 8 Uhr: Zentral-Vorstandssitzung. Bis dahin müssen alle Zehnerschaftsführer mit ihren Ortsgruppen abgerechnet haben.
Freitag: Gruppenabend im Jugendheim. Politischer Leseabend. Das Mitbringen des A. B. C. d. Kommunismus ist erwünscht.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Arbeitsgemeinschaft.

Halle-Nord:
Dienstag: Turn- und Spielabend.
Mittwoch im Heim: Funktionär-Sitzung.
Freitag: Gruppenabend. Vortrag über: „Das Verhältnis zwischen Bursch und Mädel in der Bewegung". Liederbücher mitbringen.
Sonnabend: Arbeitsgemeinschaft.

Proletar. Kultur-Vereinigung, Halle.

— Lokal: Lüderitz Berg. —
Dienstag: Wanderschar Diskussionsabend 8–10 Uhr.
Dienstag: Kindergruppe 5 bis 7 Uhr.
Donnerstag: Bühne 8–10 Uhr.
Donnerstag: Musik-Abtlg. 8 bis 10 Uhr.

Komm. Kindergruppe.

Heim: Rathausstr. 16.
Gruppe Süd:
Heute, Dienstag nachmittag, von 5 bis 7 Uhr: Arbeitsgemeinschaft. Alle haben zu erscheinen.
Gruppe Zentrum:
Morgen, Mittwoch: Mitglieder-Versammlung.

Arb.-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle

Jeden letzten Freitag im Monat, abends $7^1/_2$ Uhr, im „Volkspark": **Versammlung.**

Turn- u. Sport-Verein „Fichte".

„Volkspark-Turnhalle" von 7–9 Uhr:
Dienstags: Leichtathletische Uebungsstunde.
Freitags: Turnstunde.
Mittwochs: Turnerinnen.

Sportklub 1909.

Vereinslokal: Jänicke, Steinweg 52
Uebungsstund.: Schülerabtlg. Freitags 6–8 Uhr. Jugendabtlg. Freitags 8–10 Uhr, Männerabtlg. Sonnabends 8 bis 10 Uhr. Versammlungen jeden Dienstag n. d. 1. i. M.

Cröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Cröllwitz.

Vereinslokal: Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8–10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstags und Freitags von 8–10 Uhr.
Kinder-Mandolinen-Abtlg.: Mittwochs von 5–7 Uhr.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesangverein.

Singestunden: Frauenchor: Jeden Donnerstag $^1/_2$8 Uhr, Männerchor: Jeden Dienstag, abends $^1/_2$8 Uhr, in Teichmanns Hotel.

10000 Mk. Belohnung

bezahle ich nicht,

aber dafür noch nie dagewesene Preise, deshalb verkaufen Sie sofort.

Ich zahle für: 943

Papierabfälle	. . Kilo Mk. **1,60**	**Bücher**	. . . . . Kilo Mk. **2,50**
Zeitungen gebündelt,	Kilo Mk. **2,80**	**Lumpen**	. . . . . Kilo Mk. **2,00**
Sackzeug	. . . . . Kilo Mk. **1,00**	**Knochen**	. . . . . Kilo Mk. **1,20**
Schmiedeeisen	. . Kilo Mk. **1,80**	**Gußeisen I**	. . . . Kilo Mk. **2,20**
Strumpfwolle	. . Kilo Mk. **10,00**	**Ofenguß**	. . . . . Kilo Mk. **1,80**

Für Metalle extra höchste Preise.

Nur Triftstraße 24. **Theuring** **Nur Gr. Brunnenstr.**

Augustastraße 17 (Hof). Telephon 5659 und 4363. **Augustastraße 17 (Hof).**

Von heute an
steht ein frischer Transport **Bremer**
Läufer- u. Futterschweine
preiswert zum Verkauf. 937
H. Richter,
Trothaer Straße 80. Telephon 3752.

Frauenhaare 100
kauft à Kilo bis Mk.
Friseur Griesemann,
nur Leipziger Straße 63. *183

Stadt-Theater.

Mittwoch, den 8. März: Nichtöffentliche Vorstellung.
Donnerstag, den 9. März, Anf. $7^1/_2$, Ende nach 10 Uhr:
Mignon. 938

Operetten-Theater.

Allabendlich $7^1/_2$ Uhr:
Der Traum vom Glück
Operette in 3 Akt. v. Knopf.
Pfeffer .. Willi Schur.
Kasse ab $^1/_2$10 Uhr ununterbrochen geöffnet.
184 (Fernruf 6183).

Verlobungs-Ringe

Eigene Fabrikation, daher billigste Bezugsquelle.
Werkstatt 177
mit elektrischem Betrieb,
R. Voß,
Gold- u. Juwelen-Fabrikant,
Leipziger Straße 1,
gegenüber
Drogerie Helmbold & Co.

Transportable
eiserne u. Kachel-
Oefen,
Kochherde,
Gruden, 189
Waschkessel.
Christian Glaser,
Gr. Klausstraße 24
Fernruf 6138.

Gold-, Silber-, Platinbruch,
Alte Zahngebisse, Uhren, Ketten, Ringe
kauft zu hoh. Berliner Preisen. Bitte überzeugen!
Metall-Kontor
A. Abramowitz,
Schmeerstraße 14, I.
— (Kein Laden.) — 146

Feldgraues Tuch,
140 cm breit,
preiswert abzugeben.
Partiewaren,
Magdeburger Straße 25,
am Walhalla. *161

Alle Arten Alt-Metalle
Knochen, Lumpen, Papier, Lamm- und Ziegen-Felle,
kauft stets zu höchsten Tagespreisen
R. Gottschalk,
Königstraße 17, Hof. 940
Postkarte bei Abholung. Telephon 3357.

Raucher raucht
Schuwalow-Zigaretten
hergestellt aus reinen Orient-Tabaken. 580
Zigarettenfabrik Xanthi, Dresden.
Fabriklager: **Halle, Krausenstr. 25, Tel.** 1832.

Marinestabsarzt **Dr. med. Dammann's**
Radikalmittel gegen
Geschlechtsleiden!!

Warnung vor wertlosen Präparaten die mit Phantasiepreisen angeb. werden *186

Wenn Sie alles umsonst oder ohne dauernden Erfolg angewandt, lassen Sie sich sofort **belehrende Broschüre** kostenlos in verschl. off. Kuvert ohne Ausdruck geg. 4 Mk. für Porto und Spesen senden. **Tausende freiwill.** Dankschreiben. **Präparate** seit langen Jahren bewährt gegen **Harnröhrenleiden** (Ausfluß frisch u. veraltet). **Syphilis,** ohne Einspritzung, ohne Quecksilber u. Salvarsan, ohne Berufsstörung. **Manneschwäche** (aufsehenerregende Erfolge bei allen Altersstufen). **Weißfluß.** Leiden **genau** angeben, damit **richtige** Broschüre gesandt wird. Auskunft kostenlos gegen Rückporto.

Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H.
Sommerfeld 74. (Bez. Frankfurt, Oder)
Breitestraße 12.
Spezialärztliche Leitung.

Fellsammler!

steigert Euren Verdienst, in dem Ihr sämtliche Felle, Wolle und Roßhaare an die
Hallesche Fellhandlung, G. m. b. H.
Kleiner Sandberg 14
abliefert. :: :: **Ueberzeugt Euch.** *165

Umpressen

von Damen- und Herren-Hüten. — Sauberste Verarbeitung. — Mäßige Preise.
Schnelle Lieferung.
F. Halle, **Große Steinstraße 13**
Eingang Mittelstraße.
Pelzwaren — Kürschnerei. 941

Hausfrauen!

Kauft nur in den Geschäften, welche im **„Klassenkampf"** inserieren.

Restaurant Produktiv-Genossenschaft
Lerchenfeldstraße 14
empfiehlt seinen kräftigen
Mittag- und Abendtisch.
Das Glas Bier 2,50.

Geldschein-Taschen 136
in prima Leder.
Hugo Krasemann,
Lederwaren-Spezialgeschäft,
nur Schmeerstr. 19.

Frauenhaar
kauft **A. Richter,** *187
Glauchaer Straße 78.

Alle Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlung.

Von **morgen, Mittwoch,** mittag an stehen wieder fortwährend pa. **kleine u. große Futterschweine** billig zum Verkauf. *196
Gebr. Kohlberg, Halle,
Gasthof „Goldene Rose",
Rannischestr. 19. Tel. 6842.

Ist mein Lohn-Steuer-Abzug richtig?

Allgemein verständliche Darstellung der am 1. Januar 1922 in Kraft getretenen gesetzlichen Bestimmungen.
Preis 1,50 Mk., Porto 50 Pf.
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle a. S., Harz 42/44.

Anna Theuring, Halle a. d. S.,

Große Wallstraße 42, Telephon 4263,
Merseburg, Clobigkauer Straße 39,
kauft **Lumpen, Papier, Bücher, Zeitungen, Kupfer, Rotguß, Messing, Blei, Zink, Alteisen, Felle, Schafwolle, wollene Strumpfabfälle usw. usw.**
zu den höchsten Preisen. 944
Ausgeraubte Schrenzlumpen von Händlern in Fuhren Mk. **230,00** per 100 Kilogramm frei Hof.
Privat: Kostenlose Abholungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220307-13/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 7. März 1922

Die Schupo und die reaktionäre Presse

Von Schupobeamten wird uns geschrieben:

Nachdem die Hallische „Allgemeine" ihre Enthüllungen in Sachen Schupo begonnen hat, stimmt die ganze reaktionäre Provinzpresse mit ein in den Ruf: „Wir haben zwar eine Polizei, aber sie ist sozialistisch verseucht." Mit Sozialisten läßt sich natürlich keine Republik stürzen. Mancher alt eingefleischter Monarchist wird mit Erstaunen die Feststellung gelesen haben, daß 75 Prozent der Schupo eingeschriebene Genossen sind. Dabei kann er sich eines bangen Gefühls nicht erwehren.

Die Tatsachen dürften in Wirklichkeit etwas anders liegen, als wie sie in deutschnationalen Blättern geschrieben sind. Aber nachdem man im Lager der Verfassungsgegner erkannt hat, daß die Unterbeamtenschaft nicht gewillt ist, mit fliegenden Fahnen überzutreten, versucht man mit entstellten Zeitungsartikeln der Schutzpolizei das Vertrauen der Oeffentlichkeit zu entziehen. Eine niedrige Kampfesweise! Der weitaus größte Teil der Schupo ist bestrebt, eine Volkspolizei im wahren Sinne des Wortes zu werden und wir fragen uns, wo die Saboteure dieses Gedankens zu suchen sind: in unseren eigenen Reihen, dazu noch durchweg an führender Stelle — auch der Gewährsmann, d. h. die „vertrauenswürdige Stelle", gehört zu dieser Gesellschaft. Weil sie aber auf das Geld der Republik angewiesen sind, sind sie mit dem Munde verfassungstreu, im Herzen und in der Handlungsweise aber die größten Feinde der Verfassung.

Diese Doppelzungen sind es, die der reaktionären Presse das Material liefern, daß dann mit der Ueberschrift „Unglaublich" erscheint. Die Unterbeamtenschaft kann überhaupt nicht begreifen, warum man so viel Aufhebens macht, wenn die Regierung wirklich mal zugreift und solche Leute von ihrem Platze entfernt. Viel zu wenig ist zugegriffen worden, deshalb der jetzige Kampf innerhalb der Schupo zwischen Republik und Reaktion — es ist nur der Abwehrkampf aller ehrlichen Republikaner, die sich weigern, wieder in den monarchistischen Sumpf hinabzusteigen.

Darum hetze weiter „Allgemeine", wir sind auch bereit, mit Tatsachenmaterial aufzuwarten, daß der breiten Oeffentlichkeit die Augen öffnen dürfte über verschiedene Vorgänge, die bis heute verschwiegen worden sind.

---

* **Erhöhung der Kohlenpreise um 10,50 Mk. für einen Zentner.** Die Kohlenbarone geben sich jetzt mit geringen Preissteigerungen nicht mehr zufrieden. Sie fordern Angleichung der Preise an die Weltmarktpreise. Dadurch wachsen ihre Profite ins Riesenhafte. Die Arbeiterschaft ist schon lange nicht mehr in der Lage, den sprunghaften Steigerungen zu folgen und noch viel weniger wird sie in der Lage sein, den Unternehmerforderungen auf Weltmarktpreise zu folgen. Sie bleibt zurück und wird immer tiefer in das graue Elend hinabgestoßen. Ihre Forderungen auf Weltmarktlöhne werden mit ganz geringen Zugeständnissen abgefertigt. Wie lange will sich die Arbeiterschaft diese brutale und rücksichtslose Ausbeutung noch gefallen lassen? Das Mitteilungsblatt der Preisprüfungsstelle meldet, daß am 28. Februar eine Sitzung des Vereins der Hallischen Kohlenhändler stattfand, an der auch diejenigen amtlichen Stellen teilnahmen, die diese Ausplünderung legalisieren. Das Ergebnis war eine Erhöhung der Kohlenpreise um 10,50 Mk. für den Zentner, so daß die Preise vom 1. März an a) bei Anfuhr von 5 bis 9 Zentnern 41 Mk., von 10 bis 19 Zentnern 40,80 Mk., von 20 bis 29 Zentnern 40,70 Mk., von 30 Zentnern und mehr 40,60 Mk. betragen, frei Gelaß zu ebener Erde nach der Innenstadt Halle, nach Cröllwitz, Trotha, Böllberg 1 Mk., gesetzt 80 Pf. mehr; b) ab Platz der Händler mit Gleisanschluß 39 Mk., ohne Gleisanschluß 39,20 Mk. für den Zentner.

* **Die monarchistischen Landbündler.** Als die Landbündler all die geschwollenen Reden über die beste Ausbeutung des Volkes in der Landbundtagung am Donnerstag in sich aufgesogen hatten und der Verlauf der Tagung ihnen die Gewißheit gegeben hatte, daß ihre profitgierigen Interessen gut vertreten werden, kam auch der gemütliche Teil zu seinem Rechte, d. h. man suchte die „Sehenswürdigkeiten" in Halle auf. In „gehobener" Stimmung wurde mancher dann „hinter die Binde" gegossen, so daß bald in den blauroten Gesichtern die Aeuglein kaum noch zu sehen waren. Sie können sich ja auch so leicht einen „ankaufen", denn das dumme Proletenvolk muß alles das bezahlen, was sie verlangen, nachdem die schwarzweißrote Koalitionsregierung ihre Bestrebungen mit allen Mitteln unterstützt. So landeten einige Landbündler schließlich auch im Café Zorn, wo bekanntlich ganz gepfefferte Preise für die Delikatessen gefordert werden und ganz hübsche Zechen gemacht werden. Die Hundertmarkscheine, die ihnen das ausgebeutete Volk in den unersättlichen Rachen wirft, flogen nur so auf den Tisch. Hier war — Gott sei Dank — wieder einmal Gelegenheit, wo man etwas Ueberlegenheit spielen konnte. Musik — ja, Musik ist käuflich. Für 500 Mk. bekommt man „Heil dir im Siegerkranz" vorgespielt, und für eine ebensolche Summe auch „Stolzenfels am Rhein". Und die Leute mit dem beängstigenden Umfang und den dicken Fettpolstern im Nacken ließen nach Herzenslust spielen. 500 Mk. ist, im Verhältnis zu ihrem täglichen Profit, eine Kleinigkeit, und „Heil dir im Siegerkranz" eine billige Freude, mit der man den anderen eine Nase drehen kann.

* **Mißhandlungen in der Roten-Turm-Wache?** Die Mauern der Gefängnisse sind nicht dick genug, als daß sie die Hilfeschreie der mißhandelten Opfer nicht durchließen. Aber nicht nur in den Gefängnissen werden die Gefangenen von den Henkersknechten der Weißen Justiz mißhandelt, sondern auch in den Wachtstuben, wohin man Leute, die sich irgendeines Vergehens schuldig oder nicht schuldig gemacht haben, verschleppt. So wird uns von einigen Genossen berichtet, daß sie am Montag früh gegen 4 Uhr, als sie über den Marktplatz kamen, laute Hilferufe hörten, die aus der Roten-Turm-Wache kamen. Als sie stehenblieben, wurden sie von einem patrouillierenden Schupobeamten fortgewiesen. Auf die Einwendungen und Hinweise der Genossen, daß jemand um Hilfe schreie, erwiderte der Beamte, sie sollten doch selbst hingehen und nachforschen. Die Genossen begaben sich darauf zur Wache und fanden in einer Zelle einen Mann gefesselt vor. Auf ihre Fragen wurde ihnen von den Beamten erklärt, daß der Mann nicht betrunken sei, daß er aber „getobt" hätte; die Fesseln würden ihm jetzt wieder abgenommen. Weiter konnten die Genossen nichts erfahren. Es ist notwendig, daß dieser Fall untersucht wird.

* **Bau- und Möbeltischler.** Am Mittwoch, dem 8. März, nachmittags ½5 Uhr, findet in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus", Karlstraße, eine Branchenversammlung statt mit der Tagesordnung: Berichterstattung über die letzten Lohnverhandlungen.

* **Fürsorge für Rentenempfänger.** Empfänger von Renten aus der Invaliden- und Altersversicherung, sowie aus der Angestelltenversicherung, welche beabsichtigen, Antrag auf Unterstützung auf Grund des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung vom 7. Dezember 1921 zu stellen, wollen sich im Zimmer 14 des Rathauses, vormittags von 8 bis 12 Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr melden, und zwar: Buchstaben A bis G am Mittwoch, dem 8. März, H bis K am Donnerstag, dem 9. März, L bis R am Freitag, dem 10. März und S bis Z am Sonnabend, dem 11. März, von 8 bis 12 Uhr. Die Rentenbescheide, Stammkarten und sonstige Ausweispapiere sind mitzubringen.

* **Der Liederabend der Volksbühne** von Eva Lißmann und Gerhard Jekelius (Berlin) findet am Freitag, dem 17. März, abends 8 Uhr, im „Volkspark" statt. Der Kartenverkauf (4 Mk.) beginnt am Mittwoch von 6 bis 8 Uhr in der Geschäftsstelle und wird an den folgenden Tagen von 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 5 Uhr fortgesetzt.

* **„Mignon" für die Volksbühne.** Die Vorstellung am 11. März ist ausverkauft. Zur nächsten Aufführung am 25. März werden Karten am Mittwochabend von 6 bis 8 Uhr und an den folgenden Tagen von 9 bis 1 und von 3 bis 5 Uhr in der Geschäftsstelle ausgegeben.

* **Musikeropfertag.** Auf vielseitigen Wunsch wird das Vormittagskonzert vom 26. Februar am nächsten Sonntag wiederholt. Namentlich die Musikfreunde, welchen es nicht mehr gelang, eine Eintrittskarte zum ersten Konzert zu bekommen, werden diesen Entschluß mit Freuden begrüßen. Karten an der Theaterkasse.

Ammendorf

Oeffentliche Frauenversammlung. Alle Genossen, welche Mitglied der Produktiv-Genossenschaft sind, können ihre Mitgliedsbücher gegen Abgabe der Quittungen in Empfang nehmen am Mittwoch, dem 8. März, abends 7½ Uhr, in Teichmanns Hôtel in Ammendorf. Um 8 Uhr findet in demselben Lokale eine öffentliche Frauenversammlung statt. Männer und Frauen, macht Euch an diesem Abend für diese Versammlung frei!

Dölau

Wo bleibt das Gesetz für eine kinderreiche Familie? Auf diese Notiz in Nummer 31 des „Klassenkampf" geht uns von den Mitgliedern der Wohnungskommission ein längerer Bericht zu, der sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Es wird darin festgestellt, daß der betreffenden Familie wiederholt eine passende Wohnung nachgewiesen worden ist, so im Mai 1920 eine Vierzimmerwohnung, im September 1920 eine Sechszimmerwohnung und im September 1921 noch einmal eine größere Dreizimmerwohnung. Alle Wohnungen wurden von dem Wohnungssuchenden aber wegen zu schlechter Geschäftslage abgelehnt, so daß heute für eine schlechtere Unterbringung der Familie niemand anders verantwortlich gemacht werden kann als der Wohnungssuchende selbst.

Sennewitz

Eine Sitzung des Ortskartells fand am letzten Donnerstag statt. Auf der Tagesordnung stand die Veranstaltung des Ortskartell. Die Delegierten stimmten der Veranstaltung, die am 26. März im Wenigschen Lokale stattfinden soll, zu. Der Reinertrag soll der „Roten Hilfe" zufließen. Folgende Vereine haben sich bereit erklärt, an dem Abend teilzunehmen: Arbeiter-Turnverein, Arbeiter-Radfahrerverein und Theatralischer Arbeiterverein. Genossen, sorgt dafür, daß die Veranstaltung gut besucht wird. Entfaltet jetzt schon eine rege Propaganda.

Priester b. Nauendorf

Arbeiter, meidet die bürgerlichen Veranstaltungen! Es ist beschämenswert, daß es immer noch Arbeiter gibt, die mit ihren sauer verdienten Groschen die arbeiterfeindlichen Vereine unterstützen. So veranstaltete kürzlich der Landarbeiter-Verband ein Vergnügen. An demselben Tage hatte auch der Kriegerverein eine Feier. Nun wäre es wohl selbstverständlich gewesen, daß die Arbeiterschaft die Veranstaltung des Kriegervereins gemieden und den Landarbeiterverband unterstützt hätte. Aber weit gefehlt. Ein Teil der ausgebeuteten Arbeiter fühlte sich mehr zu dem Kriegerverein hingezogen, als zu dem Vergnügen der proletarischen Organisation der Landarbeiter. Wann endlich werden die Arbeiter erkennen, daß sie die Veranstaltungen der arbeiterfeindlichen Vereine nicht unterstützen dürfen. Die Arbeiter gehören nicht dorthin, sie gehören in die Arbeitervereine und haben deren Veranstaltungen auch zu unterstützen. Arbeitervereine gibt es deren genug, und jeder wird sich auch dort wohlfühlen können. Wer die bürgerlichen Vereine unterstützt, fällt seinen Arbeitskollegen in den Rücken und hilft den Ausbeutern, die Arbeiterschaft noch mehr zu knechten und ihr Los zu verschlechtern. Darum Arbeiter, meidet die bürgerlichen Vereine und deren Veranstaltungen!

Nauendorf

In einer öffentlichen Versammlung am Sonnabend sprach Genosse Höcker aus Halle über „Steuerraubzug und der letzte Eisenbahnerstreik". Der Redner zeigte in längeren Ausführungen die ungeheure Notlage der arbeitenden Bevölkerung, die aber ihren Höhepunkt noch gar nicht erreicht hat, da neue und viel gewaltigere Lasten in den nächsten Monaten dem Proletariat aufgehalst würden. Der Verlauf des Eisenbahnerstreiks habe der übrigen arbeitenden Bevölkerung gezeigt, daß das Proletariat gezwungen werde, den Kampf gegen die kapitalistische Anarchie aufzunehmen. Das Proletariat aber könne den Kampf nur siegreich beenden, wenn es einheitlich und geschlossen auftrete. Der Redner wies zum Schluß noch darauf hin, daß nur die KPD. und die kommunistische Presse die Interessen sowohl der Eisenbahnbeamten wie der übrigen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft bisher in ihren Kämpfen rücksichtslos vertreten habe und auch weiter vertrete. Darum müßte in den Arbeiter- und Beamtenwohnungen nur der „Klassenkampf" gelesen werden.

Aus der Provinz

Die Abwanderung der Bauarbeiter vom Leunawerk

Von einem unserer Vertrauensleute der Bauhandwerker in Leuna wird uns folgendes geschrieben: Die hiesigen Bauunternehmer klagen über „Leutemangel", und täglich kommen Kollegen, die sich aus der hiesigen Zahlstelle ihres Verbandes abmelden, um zurückzukehren zu den heimatlichen Penaten und ihre Heimat wieder zum Arbeitsort zu wählen. In der Hauptsache geschieht das, weil die Löhne inzwischen in den thüringischen und vogtländischen Landorten so hoch und höher gestiegen sind, als diese auf dem Leunawerk bei den Baufirmen gezahlt werden. Dieselben Unternehmer, welche die schändlichen sogenannten „Einstellungsbedingungen" immer noch zur Unterschrift vorlegen, trotz der darin enthaltenen Verstöße gegen den Reichstarifvertrag für das deutsche Baugewerbe, brauchen sich wirklich nicht zu wundern, daß so viele „ihrer Leute" jetzt „abhauen". Sie mögen sich bei der in ganz Deutschland rühmlich bekanntgewordenen Werksleitung bedanken, wenn sie, die Unternehmer, eines schönen Tages ohne Arbeitskräfte dastehen. Sie lassen sich als Büttel für die Großindustrie gegen die Bauarbeiter benutzen, also geschieht ihnen Recht, wenn sie unter den Folgen zu „leiden" haben, wenn sie „ihre" Arbeiten nicht rechtzeitig fertigstellen können. Wir wollen aber bei dieser Gelegenheit noch auf den wichtigsten Grund für diese schnelle Abwanderung hinweisen, das ist die Ablehnung **der Entschädigung für die Fahrgelder für Wochen- bzw. Monatskarten.** Weil sich die Baufirmen beharrlich weigern, auch nur einen Pfennig dafür zu ersetzen, werden selbst die Kollegen aus nächster Umgebung den Dreck des Leunawerkes von den Füßen schütteln und sich, wo anders lohnendere Arbeit suchen. Es wird auch verlangt, daß über die **achtstündige Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird.** Die in den kalten Tagen an das Werk überwiesenen Bauarbeiter, zur „Aushilfe geborgt", müssen Ueberschichten auf Ueberschichten machen. **16 Stunden hintereinander zu arbeiten,** ist keine Seltenheit mehr. Den Bauunternehmern, u. a. Otto Lingesleben, scheint dieses Geschäft gut zu passen. Die bei solchen Sachen unvermeidliche Firma Karl Lingesleben läßt jetzt sogar schon Doppelschichten arbeiten, um **den Arbeitermangel zu beheben.** Diese großmäuligen Herren geben den arbeitslustigen Leuten Gelegenheit, gleich hintereinander zwei Schichten mit 16 Stunden zu schenigeln, um natürlich „mehr" verdienen zu lassen. Der Lohn ist doch zu gering, um heute noch damit **auskommen zu können.** All das sind zwingende Gründe, an diese Unternehmer recht bald wieder mit Lohnforderungen heranzutreten, um die Löhne mit den jetzt rasend steigenden Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreisen einigermaßen ins Gleichgewicht zu bringen. Wird das eintreten, so bleiben die Bauarbeiter in der Mehrzahl auf dem Leunawerk und bei den Baufirmen. Verhalten sich die Unternehmer jedoch wie bisher, dann müssen sie auf eine sehr große „Flucht der Bauarbeiter" vom Leunawerk und seinen Trabanten rechnen, was den Organisationen, das heißt den organisierten Bauarbeitern und Zimmerern und ihren Geschäftsleitungen die Pflicht auferlegt, die Möglichkeiten zur Erringung von Vorteilen voll auszunutzen unter Verweigerung und Verhinderung jeglicher Ueberstunden.

Aus der Landarbeiterbewegung

Die USPD. verteidigt die Schandtarife für Landarbeiter.

Die „Mansfelder Volkszeitung" veröffentlicht in ihrer Sonnabendnummer vom 4. März einen Artikel, in dem ein kritisierter Mitschuldiger seine Kritiker zu verleumden versucht. Er unterscheidet drei Arten: da sind die Unionisten, dann die Kollegen der KPD. und die Unorganisierten. Also stellen wir fest, daß die große Masse der Landarbeiter mit dem Tarif nicht einverstanden ist. Nicht wahr, Herr Kritiker? Nun sagt der Artikelschreiber weiter, daß die KPD. im Hallischen Bezirk keine klare Stellung zur Gewerkschaftsfrage einnehme. Auf der einen Seite für die „Union" oder, wie die SPD. sagt, den „Müllerschen Verband", auf der andern Seite für die „freien" Gewerkschaften. Wie liegt nun die Sache in Wirklichkeit? Die Bureaukratie des DLV. hat alles andere getan, nur nicht die Interessen des Landproletariats vertreten. Im Gegenteil hat sie die Landarbeiter an die Großagrarier zur restlosen Ausplünderung ausgeliefert, weil sie durch ihre politische Einstellung gar nicht anders kann. Die Bureaukratie des DLV. arbeitet bewußt auf die Wiedererrichtung des Kapitalismus hin. (Siehe das „Landwirtschaftliche Hilfswerk", an dem sich die DLV.-Bureaukratie aktiv beteiligt.)

Der revolutionäre Teil der Landarbeiter löste sich deshalb von den Lakaien der Großagrarier los und vereinigte sich in der „Union". So wurde der revolutionäre Teil der Landarbeiter der vorwärtstreibende Faktor unter dem Landproletariat. Hätte die Bureaukratie des DLV. sich nicht losgelöst von den Massen und sich durch das Tarifamt in die Arme der Großgrundbesitzer geworfen, dann wären diese Teile heute noch Mitglieder des DLV. Nun macht der „Kritiker" dem Kollegen Bartelmann (Bischofrode) Vorhaltungen, weil er Kreiskonferenzen der Landarbeiter einberuft und Stellung nimmt gegen den vom DLV. abgeschlossenen Tarif. Er gibt dabei selbst zu, daß die unter den Landarbeitern entstandene Mißstimmung berechtigt ist. Also Herr „Kritiker", wenn Sie diese Berechtigung selbst anerkennen, dann ist es Ihre verdammte Pflicht, die Ursachen derselben zu ergründen — und diese liegen eben in diesem Jammertarif. Die KPD. hat dieses erkannt und wird alles daransetzen, alle Landarbeiter im Kampfe um ihre elementaren Rechte zusammenzufassen, ganz unbeschadet darum, ob sie Unionisten, SPD.-Landarbeiter oder Indifferente sind. Um zu diesem Ziel gelangen zu können, hat jedenfalls auch Kollege Bartelmann den einzigen und richtigen Weg eingeschlagen. Und wo wir als Kommunisten sehen, daß die Bildung einer Einheitsfront des Land- und Industrieproletariats zwecks Erkämpfung ihrer proletarischen elementarsten Rechte im Entstehen ist, da werden wir diese unterstützen. Ob SPD., USPD., KPD. oder DLV. oder Unionisten. Wie das geschehen soll, das werden wir diesem „Kritiker" von der USP. in den nächsten Tagen zeigen. Schon jetzt rufen wir den Landarbeitern zu:

Sammelt Euch zum Kampf!

Bitterfeld

Den ethischen Unterricht erteilt vom Mittwoch, den 8. Februar, an, Genosse Kukuk wieder regelmäßig. Besondere Umstände zwangen ihn zur Unterbrechung. Die Eltern werden gebeten, die Kinder pünktlich zu schicken.

Zörbig

Feueralarm. Heute morgen ½4 Uhr wurden plötzlich die hiesigen Einwohner durch Feueralarm geweckt. Das dem Pantoffelmacher Robert Haase, Wallstraße, gehörige, hinter dem Wohnhause gelegene Stallgebäude, war auf unaufgeklärte Weise in Brand geraten. Durch das Eingreifen der Feuerwehr wurde das Feuer beseitigt und ein weiteres Umsichgreifen verhütet.

Löberitz

Oeffentliche Versammlung. Erfreulicherweise war die von der KPD. einberufene Volksversammlung gut besucht. Genosse Michaelis, Zörbig, sprach über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage und der Steuerraubzug". In seinen klaren und sachlichen Ausführungen entwickelte der Referent das düstere Bild der vergangenen und der gegenwärtigen Lage. An Hand reichhaltigen Materials bewies er, wie die arbeitende Klasse immer mehr dem Abgrunde entgegengeführt wird. Besonders behandelte er den Steuerraubzug. Zum Schluß forderte der Referent die Anwesenden auf, ihre Ortsgruppe aufzubauen und eifrig für den „Klassenkampf" zu werben. Bei einer vorgenommenen Sammlung wurden 53 Mk. eingebracht. Allseitig kam der Wunsch zum Ausdruck, bald wieder eine Versammlung abzuhalten.

Eilenburg

Von einer Handgranate zerrissen wurde am Sonnabend der Arbeiter Otto Hartung. Nach einer Meldung der hiesigen N. Nachrichten wollte er anscheinend in den Gewässern unterhalb des Eisenbahndammes fischen und hatte zu diesem Zwecke eine Handgranate in das Wasser werfen wollen. Wie das Unglück hat geschehen können, ob die Granate zu spät weggeworfen wurde oder ob sie sich in den in der Nähe stehenden Büschen verfangen hat und dadurch die Sprengfüllung zurückgeschleudert wurde (da niemand weiter zugegen war, wird sich der Tatbestand nie klar feststellen lassen) — kurz: durch den unglücklichen Wurf wurde Hartung so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhause gebracht wurde. Dort ist er noch im Laufe des Abends seinen gräßlichen Verwundungen erlegen. Der Verunglückte hinterläßt Frau und mehrere Kinder.

Aschersleben

Aus dem Zuge gesprungen. Dieser Tage ereignete sich im Zuge Halberstadt—Halle ein seltsamer Zwischenfall. Auf der Station Aschersleben wurde vom Schaffner eine Frau erwischt, die mit einer Bahnsteigkarte die Fahrt von Halberstadt nach Halle angetreten hatte. Als sie in Sandersleben zur Nachzahlung herangezogen werden sollte, war sie verschwunden. Sie hatte sich während der Fahrt in den Abort begeben und war hier durch das Fenster aus dem Zuge gesprungen. Ob sie durch diesen Sprung ins Ungewisse Schaden erlitten hat, konnte nicht näher festgestellt werden.

Sport

TV. Die „Naturfreunde". Heute, Dienstag, Uebungsabend der Musikgruppe im Heim (Weidenplan 20). Mittwoch in der Turnhalle, Klosterstraße, Volkstanz und Turnen. Donnerstag im Zeichensaal der Klosterschule: Lichtbildervortrag: „Vom Urtier zum Menschen (Arbeitsgemeinschaft). Sonntag: Fahrt nach Dessau. Wanderung nach der Teufelsküche. Näheres folgt.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen Fritz Kroh. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Radfahrer-Schläuche Mäntel 942 **billigst!!**
Spezialgeschäft H. Bieder, Große Steinstraße 35, gegenüber den Kliniken.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220307-13/fragment/page=0005

Leben • Wissen • Kunst

Jack

66] Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet

„Zu leben, während ich mich so nach dem Tode sehne; aber um Roudics willen soll es sein."

„Fassen Sie Mut, liebe Frau. Denken Sie daran, daß dieser Brief schon einen schweren Schlag für Roudic enthält und daß Sie ihm nicht noch mehr anun dürfen."

In der Tat war der alte Roudic ganz niedergeschmettert, als er von dem Direktor selbst das Verbrechen seines Neffen erfuhr. Es bedurfte der ganzen ungestümen Freude Zenaidens, um den Schmerz des alten ehrlichen Mannes ein wenig zu lindern.

Sein erstes Wort war: „Und meine Frau mochte ihn so gern," und wer es hörte, errötete über diese grausame Undefangenheit. Und der Azteke? Ja, der arme Azteke hatte heute seinen Ehrentag. An alle Werkstattüren wurde eine Verordnung des Direktors angeschlagen, welche seine Unschuld verkündete. Und wie wurde er von den Roudics geehrt und gefeiert! Nur eins fehlte zu seinem Glück: Belisar.

Kaum war sein Gefängnis geöffnet und ihm erklärt worden: „Ihr seid frei," so war der Krämer, ohne ein Wort zu sagen, verschwunden. Die Furcht vor Verfolgung quälte ihn so, daß er trotz seiner wunden Füße sobald als möglich aufbrach.

Jack war bei dem Gedanken, daß Belisar fortgegangen war, ohne seine Unschuld zu erfahren, trostlos.

Dessen ungeachtet schmauste er wohlgemut auf Zenaidens Verlobungsfest und tanzte mit den anderen, als d'Argenton erschien. Der Anblick des majestätischen, schwarzbehandschuhten Dichters rief in der fröhlichen Gesellschaft ungefähr dieselbe Wirkung hervor, als wenn ein Falke mitten unter einen Schwalbenzug gerät. Wenn man sich einmal von irgend etwas eine Meinung gemacht hat, so fällt es schwer, sie plötzlich zu ändern. Dies bewies auch d'Argentons Verhalten. Was half es, daß man ihm erklärte, das Geld sei gefunden und Jacks Unschuld anerkannt, daß ein Brief des Direktors, welcher allen Kummer wieder gutmachen sollte, ihn verfehlt habe; vergebens behandelten die braven Leute Jack wie ein Kind des Hauses, vom Vater Roudic, der ihm freundlich auf die Schulter klopfte und ihn „kleiner Kerl" nannte, bis auf Zenaide, welche seinen Kopf in beide Hände nahm und ihm kräftig durch die Haare fuhr; der Dichter erschien deshalb nicht weniger ernst und feierlich. Er unterließ nicht, Roudic in sehr bewegten Worten sein Bedauern auszudrücken, daß man ihm solchen Kummer bereitet habe und bat ihn, seiner und der Mutter Entschuldigungen entgegenzunehmen.

„Aber eigentlich müßte ich den armen Jungen um Entschuldigung bitten," rief der Werkmeister.

d'Argenton hörte nicht. Er sprach von Pflicht, Ehre und den schrecklichen Folgen schlechten Betragens. Jack, der von Nantes her noch seine Gründe hatte, verlegen zu werden, errötete, die übrigen aber befiel im Laufe der langen Rede so entsetzliche Langeweile, daß Vater Roudic endlich dazwischenfuhr.

„Sie müssen ja vom Reden ganz durstig geworden sein," meinte er harmlos, ließ einen Krug Apfelwein und Brotkuchen herbeibringen und wahrhaftig, der Kuchen sah so appetitlich aus und hatte solche goldgelbe Kruste, daß der Dichter herzhaft zulangte und eine Bresche hineinlegte, wie einstmals Belisar in den Schinken.

Aus der langen Rede hatte Jack nur eins verstanden, nämlich daß d'Argenton die weite Reise unternommen hatte, um das Geld nach Indret zu bringen und ihm die Schande zu ersparen, auf der Anklagebank zu sitzen, und er begann zu glauben, daß er sich in ihm getäuscht hatte. Noch nie war er so zärtlich und ehrerbietig gegen den Feind gewesen, und dieser erkannte seinerseits den störrischen Sünder kaum wieder und schrieb sich natürlich das Verdienst an dieser Umwandlung zu.

„Ich habe ihn geduckt."

Dieser Gedanke versetzte ihn im Verein mit dem ehrfurchtsvollen Empfang bei Roudics in gute Laune.

Hättet Ihr nachher den Dichter und den Lehrling Arm in Arm die Straße von Indret hinabgehen sehen, Ihr hättet sie wahrhaftig für Freunde gehalten. Jack war so glücklich, von seiner Mutter sprechen zu können, nach ihrem Ergehen zu fragen, daß sich d'Argenton in einer Anwandlung von Mitleid fragte:

„Soll ich ihm sagen, daß sie hier ist?"

Soviel ist sicher, daß er sich gefreut hätte, das schuldige, gedemütigte Kind der Mutter zuzuführen, die es sicherlich nicht geliebkost haben würde; aber ihr einen triumphierenden Helden bringen und den Zärtlichkeiten der beiden zusehen, das ging über seine Kräfte.

Doch bedurfte es eines Vorwandes, um eine solche Grausamkeit zu begehen und Charlotte die Freude des Wiedersehens mit ihrem Sohne zu verweigern. Und diesen Vorwand lieferte ihm Jack selbst.

Denkt Euch, daß dieser arme, kleine Jack, von soviel Güte ergriffen, das Bedürfnis fühlte, sich Herrn d'Argenton anzuvertrauen, ihm zu gestehen, daß er keinen Geschmack an seiner Arbeit fände und niemals ein tüchtiger Arbeiter werden würde, daß er sich fern von seiner Mutter sehr einsam fühle und einen seinen Kräften angemessenen Beruf vorziehe. Die Arbeit fürchte er nicht, gewiß nicht, nur wäre es ihm lieber, er hätte weniger mit den Armen und mehr mit dem Kopfe zu tun. Dabei drückte Jack die Hand des Dichters, fühlte aber, wie sie sich ihm allmählich entzog.

„Du machst mir sehr viel Kummer, Jack, und deine Mutter würde sehr betrübt sein, wenn sie dich jetzt hörte. Du hast also vergessen, was ich dir so oft gesagt habe: Nichts ist schlimmer als Träumerei. Wir leben in einer eisernen Zeit, also tätig Jack, tätig."

Und nun mußte das arme Kind eine Stunde lang dieses eisigen, moralischen Regen aushalten, und während sie am Strande auf- und abschritten, sah drüben jenseits des Flusses eine Frau und wartete auf den kleinen Verbrecher, ihr geliebtes Kind, welches sie seit zwei Jahren nicht gesehen hatte. Aber d'Argenton hielt jetzt seinen Vorwand fest. Bei den schädlichen Ansichten dieses Burschen war es besser, wenn er seine Mutter nicht sah, um den Mut nicht ganz zu verlieren; Charlotte würde vernünftig genug sein, das einzusehen, um ihrem Sohne das Opfer zu bringen.

„Das Leben ist kein Kinderspiel, zum Teufel."

Und trotzdem nur der Fluß zwischen ihnen lag, sahen sich Jack und seine Mutter an diesem Abend nicht mehr, ja sie sahen sich lange Zeit nicht wieder.

Neunzehntes Kapitel

Der Heizer

Wie ist es möglich, daß aus langen, mühevollen Tagen so kurze Jahre werden können?

Zwei Jahre ist es her, seit Zenaide sich verheiratet hat, und Jack der Held eines schrecklichen Abenteuers gewesen ist. Was hat er in diesen zwei Jahren getan? Gearbeitet und sich gequält, um vom Lehrling zum Arbeiter emporzusteigen. Von dem Schraubstock ist er an den Amboß, später an den Hammer gekommen. Sein Geist und seine Hände sind derüber hart und schwielig geworden. Abends sinkt er erschöpft auf sein Lager und beginnt am anderen Morgen sein trost- und zielloses Dasein von neuem. Die Schenke verabscheut er seit jener denkwürdigen Fahrt nach Nantes; das Roudic'sche Haus ist still geworden. Herr und Frau Mangin wohnen in Pouliguen an der Küste und die Wohnung Roudic's erscheint öde, seitdem das derbe Mädchen fort ist.

Frau Roudic geht nicht mehr aus, sondern sitzt an ihrem herabgelassenen Vorhang; sie erwartet niemand mehr, sondern lebt gleichgültig und automatenhaft dahin. Nur Vater Roudic hat sich mit seinem guten Gewissen auch seine Heiterkeit bewahrt.

Irgend ein Ereignis gibt es in Jacks Leben kaum. Der letzte Winter ist sehr streng gewesen, die Loire hat große Verwüstungen angerichtet, fast die ganze Insel überschwemmt, ja ein Teil derselben hat vier Monate unter Wasser gestanden. Man hat in dem feuchten Dunst gearbeitet: Jack hat viel gehustet und ist oft im Krankenhause gewesen, aber das sind eigentlich keine Ereignisse. Von Zeit zu Zeit ist ein Brief aus Etiolles eingetroffen, welcher zärtlich klang, wenn ihm seine Mutter heimlich geschrieben hatte; sobald ihn aber der Dichter diktierte, fiel er kalt und gemessen aus. Jack hatte unter anderem erfahren, daß „Faust's Tochter" nun endlich vollendet und den Schauspielern des Théatre Francais vorgelesen sei, daß diese Dummköpfe die Annahme einstimmig verweigert und sich infolgedessen ein sehr grausames Wort zugezogen hätten. Eine große Neuigkeit war auch die Versöhnung mit Moronval, der jetzt zur Tafel in Parva domus zugelassen wurde und Sonntags kleine „heiße Länder" in allen Farben mitbrachte, welche Mutter Archambaud sehr erschreckten.

Moronval, Maduh, das Gymnasium, wie weit lag das hinter ihm! Der Jack aus jener Zeit erschien ihm von viel feinerem Schlage und hatte dem hochaufgeschossenen, schmächtigen Burschen mit den roten Wangen, dem gekrümmten Rücken und den spitzen Schultern nichts mehr von seinen blonden Locken und seiner klaren rosigen Haut übrig gelassen.

So hatten sich also Herr Rivals Worte bewahrheitet: Gesellschaftliche Unterschiede trennen.

Auch die Erinnerung an Rivals betrübte Jack. Trotz d'Argentons Mahnung hatte er dem ausgezeichneten Manne unendliche Dankbarkeit, der kleinen Cäcilie zarte Freundschaft bewahrt und ihnen alle Neujahr einen langen Brief geschrieben, aber schon zweimal waren diese Briefe unbeantwortet geblieben. Weshalb?

Nur ein Gedanke hält unseren Jack aufrecht: —

„Erwirb dir dein Brot. Deine Mutter bedarf deiner."

Aber ach, der Lohn richtet sich nach der Geschicklichkeit und nicht nach dem guten Willen des Arbeiters, und Jack kann nicht, ihm fehlt der Sinn dafür. Und so erwirbt er mit siebzehn Jahren kaum drei Franken täglich, damit muß er Wohnung, Nahrung und Kleidung bezahlen. Das ist das goldene Handwerk!

Und wenn ihm nun seine Mutter schriebe: „Ich komme, ich will bei dir bleiben," was dann?

(Fortsetzung folgt.)

O, diese Menschen!

Arbeit ist ihnen Notwehr, Last und Muß!
Sie arbeiten nicht, um ihre Kräfte zu entfalten
und sich zu freuen an ihrem Können, sie arbeiten,
um sich zu vergessen. Sie haben ein Wort erfunden:
Arbeiten und nicht verzweifeln! ein Wort, das man totschlagen
sollte, denn es ist ein Spruch nur für Hörige.
Nicht: „Arbeiten und nicht verzweifeln!" sondern:
Arbeiten und froh sein! Nicht einer ihrer Tage aber ist
Sein in Fröhlichkeit!
Sie stehen dem Leben gegenüber, wie etwas,
dem sie untertan sind und gehorchen müssen, wie Schulkinder
einem Lehrer. Sie hassen ihn, weil
er mächtiger ist und sie strafen kann, anstatt hinzugehen
und sich ebenso mächtig zu machen . . . Flaischlen.

Ein genossenschaftliches Unternehmen

Aus Upton Sinclair: Der Sündenlohn

Eine Studie über den amerikanischen Journalismus

(Schluß.)

Eines Morgens im März um drei Uhr brach Feuer aus und zerstörte die Helicon-Heimsiedlung. Jeder von uns hüßte dort alles ein, doch das schützte uns nicht vor dunklen Andeutungen der Blätter, daß einer von uns Genossen das Feuer gelegt habe. Wir hatten gerade Seile gekauft, die als Rettungsleitern aus einigen entlegenen Zimmern im dritten Stockwerk des Hauses hätten dienen sollen. Die Zeitungen erwähnten nicht, daß die Geschäftsleitung die Notwendigkeit jener Rettungsleitern schon vor drei oder vier Monaten zur Sprache gebracht hatte. Ich selbst rettete mich aus meinem im Turm gelegenen Zimmer mit versengtem Nachthemd. Ein Teil meiner Haare war gleichfalls versengt, und meine Füße waren voll Glassplitter und Brandwunden, was mich zwei oder drei Wochen lang ins Bett fesselte.

Das „American Magazine" brachte einen redaktionellen Artikel über das Gerücht, daß das Feuer durch Gasausströmung verursacht worden sei. Die Tatsache, daß wir schadhafte Gasröhren und nicht hinreichende Rettungsleitern gehabt, zeigte dem „American Magazine", daß industrielle Gemeinwirtschaft eine Unmöglichkeit sei! Da mir Raum zur Entgegnung gewährt wurde, führte ich aus, daß es keinerlei Anhaltspunkte für eine Gasausströmung als Brandursache gäbe und daß die städtischen Behörden in Helicon Hall den Betrieb einer Knabenpension unter dem Profitsystem gestattet hatten, ohne Rettungsleitern zu verlangen. Das erlaubten sie mir aber nicht, zu erklären, daß ich zur Zeit, als das rätselhafte Feuer ausbrach, in dem Haus die Ergebnisse einer mehrmonatigen geheimen Erforschung der Panzerplatten-Betrügereien bei mir hatte, durch welche die Carnegie Steel Company die Vereinigten Staaten nach dem eigenen Geständnis der Regierung um 700 000 Dollar geschädigt hatte, welcher Schaden jedoch, wie ich beweisen konnte, sich auf viele Millionen beliefe. Ich besaß beispielsweise die genaue Bezeichnung einer bestimmten Panzerplatte (A 619) im Kommandoturm des Schlachtschiffes „Oregon", die voll verstopfter Luftblasen war und die, von einer Granate getroffen, wie Glas zersplittert wäre. Ich besaß die Lagerlisten vieler solcher Platten im Original, das in der Handschrift gewisser Herren zugestutzt worden ist. die heute hohe Stellen in der Anwaltschaft des Stahltrusts einnehmen. Ich besaß hinreichendes Beweismaterial, um diese hervorragenden Ehrenmänner auf Lebensdauer ins Gefängnis zu bringen, und ich wäre bei einem Haar mit jenem Material mitverbrannt. Ich brachte eine kurze Erzählung dieser Dinge in „The Money-changers", und einige Häupter des Stahltrusts verkündeten, daß sie im Begriffe seien, gegen mich die Ehrenbeleidigungsklage anzustrengen, aber sie haben es bleiben lassen.

Es kam zur Leichenschau eines Mannes, der bei dem Brand von Helicon Hall das Leben eingebüßt hatte. Dieser Einwanderer wohnte ich auf Krücken bei und wurde vom Dorftierarzt einem mehrstündigen Kreuzverhör unterzogen, das sich zunächst auf die wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Genossenschaft bezog. Dann fragten sie uns über die moralischen Zustände in der Kolonie tüchtig aus und brachten einige dunkle Dinge vor, die auf der ersten Seite der „New York Evening World" und des „New York Evening Journal" angedeutet waren. Es sollte nicht genug Schlafzimmer in Helicon Hall gegeben haben, und im dritten Stockwerk sei ein großes Atelier gewesen, in dem der Zeichenunterricht der Knabenschule erteilt wurde. Wir hatten vor, dieses Atelier in Schlafzimmer umzuwandeln, doch hierzu wäre eine Hebung des Daches erforderlich gewesen, und das hätte mehr Geld gekostet, als wir zur Verfügung hatten. Unser Architekt riet uns, einstweilen mit derselben Anzahl von Brettern, die jene Arbeit erfordert hätte, abgeteilte Räume im Atelier herzustellen, die als nach vorn mit Vorhängen versehene Schlafräume dienen sollten. Hier hatten die Zeitungen endlich, was sie brauchten! Hier gab's was Verdächtiges, und die in so etwas hineinfahrende Totenbeschau-Jury hatte einen unumstößlichen Beweis! Es ist vollkommen klar, daß, wenn Leute sich anständig benehmen wollen, Vorhänge genügen, wogegen, wenn sie unanständig sein wollen, auch die dicksten Mauern sie daran nicht hindern, gerade so wie eine Frau in einem engen Badeanzug sich gut und in einer eleganten Gesellschaftstoilette sich schlecht benehmen kann. Solche Erwägungen wurden den Lesern der „New York Evening World" und des „New York Evening Journal" nicht dargebotene, dagegen die verfänglichen Andeutungen eines Dorftierarztes, die den Eindruck hervorrufen sollten, daß Sozialisten in moralischer Hinsicht Aussätzige seien.

In Helicon Hall gab's 40 Erwachsene, und die lebten die sechs Monate nicht ohne etwas Klatsch und einige Unannehmlichkeiten. Da war ein junger Arbeiter, der unreife Ideen über den Geschlechtsverkehr vorbrachte, sehr zur Entrüstung der beiden hübschen irischen Dienstmädchen, und den wir vor die Wahl stellten, zu schweigen oder sich zu trollen. Dann war ein Arzt, kein Sozialist, sondern ein kapitalistischer Modell-Ehrenmann, der aus eigenem Antriebe davonging, nachdem er eines der hübschen irischen Mädchen vergeblich in sein Ordinationszimmer locken wollte. Dann war ein Mann, der sich in die Frau eines anderen verliebt hatte. Man kann kein Hotel führen, auch kein genossenschaftliches, ohne daß solche Dinge vorkommen. Jeder Hoteldirektor weiß das und schätzt sich glücklich, wenn nichts Schlimmeres passiert.

Doch jetzt will ich mit Helicon Hall abschließen. Sieben Jahre später war ich mit dem Kohlenstreik in Colorado verflochten und kämpfte dafür, den Boykott der kapitalistischen Presse zu brechen. Eine Anzahl junger Radikaler versuchte die Geschichte der Ludlow-Metzelei in einer Straßenversammlung in Tarrytown im Staate Neuyork, dem Wohnsitz der Rockefellers, vorzubringen. Sie wurden verhaftet und ins Gefängnis gesetzt, worauf ich nach Tarrytown fuhr, um sie zu befreien. Unter diesen Umständen wurde ich zur Zielscheibe giftiger Angriffe seitens des Lokalblattes, der „Tarrytown News". In einem ihrer Artikel behaupteten die „News", daß meine Wohnung in Englewood, im Staate New Jersey, von der Polizei plötzlich wegen Ausübung „freier Liebe" gehaussucht worden sei, welche Behauptung von andern Blättern nachgedruckt wurde. Ich war damals wegen einer ganzen Serie mir damals angetaner Beschimpfungen recht ärgerlich, weshalb ich die Verhaftung der „Tarrytown-News"-Redakteure wegen verleumderischer Ehrenbeleidigung veranlaßte. Durch eine seltsame Fügung hatte ich's dabei wieder mit einem Dorftierarzt zu tun, aber nicht mit dem in Englewood im Staate New Jersey, sondern mit dem von Tarrytown im Staate Neuyork. Leser des „King Coal" finden ihn dort als den Friedensrichter, mit dem der Held des Romans eine Unterredung führt.

Dieser rechtsgelehrte Tierarzt erließ Haftbefehle, bestimmte den Verhandlungstag, und eine Anzahl von meinen Freunden aus Helicon Hall hatten versprochen, zu kommen. Doch einer von ihnen wurde krank, ein anderer war verhindert und mein Rechtsfreund vereinbarte mit den Rechtsfreunden der Gegenseite eine einwöchige Vertagung. Solche Vereinbarungen zwischen Anwälten gelten seit jeher als berufliche Ehrensache, doch in diesem Rechtsfalle hielten sich die gegnerischen Anwälte, als wir vor dem rechtsgelehrten Tierarzt die Vertagung regeln wollten, nicht an ihr Uebereinkommen mit uns. So gerieten wir in eine Falle und hätten den Prozeß ohne einen einzigen Zeugen durchführen sollen. Natürlich verzichtete ich darauf und die Angeklagten wurden freigesprochen.

Mir stand noch der Zivilrechtsweg offen und ich bereitete mich auch darauf vor, um mir so zu helfen. Die Anwälte der „News" hatten, wie sie mir nachher selbst gestanden, eine gründliche Durchforschung meines Lebenswandels durchgeführt und nichts ihnen Dienliches gefunden. Sie erklärten sich zu einem öffentlichen Widerruf und zur Abbitte bereit. Ohne Zweifel hätte ich die „News" auch zu einer erheblichen Schadensumme verhalten können; doch ich hatte die Klage nicht um Geldes willen angestrengt und erließ ihnen die Geldstrafe. Der Widerruf wurde auf der ersten Seite der „News" veröffentlicht, doch natürlich nirgend anderswo, und vermutlich gibt es heute nicht ein Dutzend Leute, die etwas davon wissen. Von Mark Twain, glaube ich, stammt das Wort, daß eine Lüge rund um die Erde rennen kann, während die Wahrheit in ihren Schuhen steckt. Ich finde, daß, wo immer sich Leute an Helicon Hall erinnern, sie einiger dieser often Zeitungslügen eingedenk sind und nicht unserer ernsten Bestrebungen, die die Wirtschaftlichkeit des häuslichen Genossenschaftswesens zeigten.

Der natürliche Reichtum Rußlands

In den „Iswestija" vom 13. Januar schreibt Kapelnich auf Grund des gesammelten Materials des Instituts für wirtschaftliche Erforschungen über den Phosphatreichtum in Rußland folgendes:

Die geologischen Forschungen im Jahre 1915 ergaben, daß Sowjet-Rußland auf einem Gebiete von 15 000 Quadratwerst Phosphoritvorkommnisse besitzt. Die reichsten Vorkommnisse von Phosphorit befinden sich im Gouvernement Kostroma auf beiden Ufern der Wolga bei der Stadt Kineschma, und erstrecken sich auf eine Fläche von 600 Quadratwerst. Größere Phosphoritvorkommnisse sind noch in den Gouvernements Moskau, Rjäsan, Pensa und Simbirsk. Diese Vorkommnisse lassen sich gut ausbeuten, da diese Gouvernements über ein ziemlich dichtes Netz von Eisenbahnen verfügen. Auch im Gouvernement Wjatka finden sich sehr ausgedehnte Phosphoritvorkommnisse.

Vor dem Kriege verbrauchte Rußland jährlich eine halbe Million Pud Phosphorit in Pulverform und 7 Millionen Pud Superphosphate eigener Produktion.

Selbst wenn Rußland seinen Eigenverbrauch an Phosphoriten sehr steigert, sind die Phosphoritreichtümer des Landes so groß, daß unwillkürlich der Gedanke auftaucht, Phosphorit ins Ausland zu exportieren. Die ausländischen Käufer werden Phosphorit ohne jede chemische Bearbeitung verlangen. In Westeuropa herrscht großer Bedarf an Phosphorit. Allein Deutschland gab vor dem Kriege 200 Millionen Goldrubel für künstliche Düngemittel aus. Die deutsche Landwirtschaft verbrauchte jährlich ungefähr 38 Millionen Pud Phosphor-Anhydrit. Deutschland führte hauptsächlich aus dem Auslande Phosphorit ein und zwar 6,5 Millionen Pud aus Algier, 7 Millionen Pud aus Tunis, 3 Millionen Pud aus Belgien, 4 Millionen Pud aus den Weihnachtsinseln, 25 Millionen Pud aus Amerika. Deutschland ist ganz natürlich auf unsere Phosphorite angewiesen. Unser Reichtum an Phosphorit ist ein ausgezeichneter Trumpf in unserer Hand bei den Handelsbeziehungen mit Deutschland. Wir können Phosphorit exportieren oder auch deutschen Unternehmern Konzessionen zur Ausbeute von Phosphorit erteilen, und zwar zu Bedingungen, die für uns vorteilhaft sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220307-13/fragment/page=0006